

Streifzüge

1/1997

Warum Leute zusammenkommen

von Robert Zöchling

Dieser problematisch gewordenen Frage widmete der „Freibeuter“ 69/September 1996 seinen Themenschwerpunkt. „Das Leserpublikum hat sich, als organisiertes, kollektiv lesendes oder reagierendes, verlaufen, und der Verleger“ – diesfalls Klaus Wagenbach – „steht, als gerupfter Hahn, auf einem zwar nicht ariden, aber disparaten Misthaufen...“ und damit vor dem Problem: „Wie scharrt man sich ein (Leser-)Publikum zusammen?“. Wagenbach gibt auch Hinweise darauf, wo man heute noch – nein: wieder! – kleine Häufchen von Körnchen Publikums auflesen kann: „Natürlich ist das Leben als Single auch ein Gewinn an Autonomie, aber der Mangel an sozialer Erfahrung, Erschütterung, ja auch Zwang verhindert oft auch den Austausch von Lese-Erfahrungen – nicht von ungefähr erfährt neuerdings eine so altmodische Einrichtung wie der Lesezirkel ein Revival.“ Kreise wie der Kritische, die sich darum bemühen, abhandengekommene Kommunikationszusammenhänge zu ersetzen oder zu rekonstruieren, kommen anscheinend erneut in Mode. Wo die gesellschaftlich vermittelte Kommunikation an ihren medialen und politischen „Mainstreams“ versagt, suchen Menschen nach anderen Kanälen der Vermittlung, des Austausches von Erfahrungen und Gedanken – in strenger Befolgung der progressiv-regressiven Methode teils unter Rückgriff auf alte Moden, auch wenn sie darüber hinaus gelangen müssen. Um irgendwohin zu gelangen müssen wir sie aber erst einmal zusammenkommen lassen – denn: „Das zunehmende Tempo unserer Arbeits- und Lebensumstände benachteiligt die Gelassenheit der Erinnerung, die Fähigkeit, Erfahrungen zu vergleichen“. Der Kritische Kreis gehört sohin der „Entschleunigungsbewegung“ ebenso gut an wie „der Linken“ – beide könnten sich als Aspekte derselben, sagen wir einmal antikapitalistischen Bewegung erweisen.

Variation oder Alternative?

DIE LINKE UND DER KAPITALISMUS

ÜBERARBEITETE FASSUNG EINES REFERATS IM RAHMEN DES
„LINKEN DIALOGS“ AM 16. NOVEMBER 1996

von Franz Schandl

Einleitend möchte ich nicht verhehlen, daß ich mit den sogenannten Widerspruchspaar-Schwierigkeiten habe. Weil sie das Problem verkehren, nämlich hinsichtlich der Frage, ob das Kapitalverhältnis Ausdruck der Klassengegensätze ist, oder ob umgekehrt das Kapitalverhältnis die Klassen konstituiert? Daraus ergeben sich meiner Ansicht nach zwei verschiedene Konzepte: das eine verlangt Parteiergreifung in einem Interessenskampf, betont das Trennende, das andere verlangt die Überwindung der Gesamtstruktur der ökonomischen Gesellschaftsformation, betont das diese Gegensätze Einigende. Die Frage: Konstituieren die Klassengegensätze, die Geschlechtergegensätze etc. die Gesellschaft oder umgekehrt, formieren die Produktions-, Zirkulations- und Konsumtionsverhältnisse diese Gegensätze, müßte man diskutieren.

Nicht auf die Widersprüche kommt es an, sondern darauf, welche Struktur diese Widersprüche hervorbringt und vorantreibt. Nicht an den Widersprüchen ist anzusetzen, sondern eine Kritik der basalen Logik ist zu entwickeln. Nicht an der Oberfläche der Erscheinungen gilt es sich zu orientieren, interessensborniert dieses und jenes zu fordern, sondern das Gesamtsystem zu benennen und zu kritisieren.

Es ist also wenig getan, wenn wir uns vom sogenannten Hauptwiderspruch „Lohnarbeit-Kapital“ verabschieden, um dann in der Beliebigkeit der vielen Widersprüche aufzugehen. Der alte Klassenkampfgedanke blüht hier noch einmal auf, indem er sich nun auf verschiedenste Widersprüche verteilt. Kapitalismus meint nicht primär die Hervorbringung und Stabilisierung von Widersprüchen, sondern die Unter-

ordnung der menschlichen Kommunikation in Produktion, Zirkulation und Konsumtion unter den Wert. Es geht nicht um die Addition der Widersprüche, um ihre Zusammenfassung in Interessen, die sich doch nur jeweils am gesellschaftlichen Sozialprodukt orientieren können, sondern es geht um die Grundkonstellation dieser Erscheinungen, um das Wesentliche, das sie entfaltet.

Die Widersprüche sind dann ihrem Wesen nach gar keine Widersprüche mehr, sondern Entsprechungen, somit Positionierungen, um das Kapitalverhältnis zum Funktionieren zu bringen. Die Arbeiter sind dann notwendig zur Ausbeutung der Arbeitskraft, um eben die Akkumulation zu ermöglichen – ohne Mehrwertabpressung keine Verwertung des Werts; die Frauen sind dann notwendig, um die Reproduktion und Erziehung der Arbeitskräfte zu gewährleisten und zu erleichtern – ohne vorgelagerte konkrete Tätigkeiten keine Reproduktion der Arbeitskräfte; der historische Kolonialismus war notwendig, um die ursprüngliche Akkumulation erst so richtig in Gang zu bringen; etc.

Die Widersprüche entpuppen sich nur auf der Erscheinungsebene als Störungen, eigentlich sind sie die immanenten Mechanismen funktioneller Realisierung der Kapitalakkumulation. An ihnen ist aber auch schon gar nichts antagonistisch. Diese Widersprüche bleiben also im Kapitalismus befangen, weil sie immanente Widersprüche sind, nirgendwo treiben sie darüber hinaus, aus all ihren konkreten Forderungen ist das auch ersichtlich. Als diese sind sie nicht geringzuschätzen, aber sie verbleiben bürgerlich. Sie gehören zum Kapitalismus, und

solange sich die einzelnen Menschen hier irgendwo abarbeiten und Stellung beziehen – was in unmittelbaren Lebenslagen natürlich überhaupt nicht ausgeschlossen werden kann und soll – funktionieren sie selbst als Charaktermasken diverser bürgerlicher Interessen und Bedürfnisse. Das sei mit aller Deutlichkeit gesagt. Mehr als die Widersprüche interessieren mich auf jeden Fall die Entsprechungen.

Welchen Charakter hat die aktuelle gesellschaftliche Krise?

Die zentrale Frage ist: *Welchen Charakter hat die gesellschaftliche Krise in der wir uns befinden?* Ist sie konjunktureller oder struktureller Natur? Das heißt: erkennt man in ihr nur die Wiederkehr des immer gleichen kapitalistischen Krisenprozesses, dann sind wohl traditionelle Politikformen und -muster angesagt und Forderungen wie höhere Löhne, staatliche Beschäftigungspolitik, mehr Rechte, Demokratisierung. Ist die Krise allerdings struktureller Natur, d.h. nähert sich der Kapitalismus ökonomisch, ökologisch und sozial seinen systemischen Grenzen, dann ist meiner Ansicht nach völlig anderes von Nöten.

Der Kapitalismus ist deswegen in einer strukturellen Krise, weil das Akkumulationsmodell nicht mehr funktioniert. Mehr stofflicher Reichtum bedeutet nicht mehr die Schaffung und Realisierung von mehr Wert. Das Gegenteil ist der Fall. Reichtum ist nicht mehr mit Wertsteigerung verbunden. Wir sind in einer Phase, wie sie Marx im dritten Band des Kapitals mit dem durchschnittlichen Fall der Profitrate beschrieben hat. Freilich ist dieser Fall nicht nur mehr einer der Rate, sondern auch der Profitmasse und somit des Werts insgesamt. Das Dilemma des Kapitals ist: Da es immer mehr und billiger produzieren muß, verfällt der Wert einer vergleichbaren Produktmasse zusehends. Dieser Verfall ist nur aufhaltbar, wenn die Produktion sich ständig ausweitete. Nur, wohin?

Die Synchronität von Reichtums- und Wertproduktion ist erstmals wirklich in Frage gestellt. Das ist das fundamental Neue an der Situation, und daher sind auch alle Maßnahmen, der Krise mit alten Mustern zu antworten, so hilflos und so zum Scheitern verurteilt. Der Kapitalismus ist davon abhängig, ob Kapital gebildet werden kann, ob der Wert sich also verwerten läßt. Mit Marx gehe ich davon aus, „daß trotz aller Wertrevolutionen die kapitalistische Produktion nur solange fortexistiert und fortexistieren kann, als der Kapitalwert verwertet wird, solange also die Wertrevolutionen in irgendeiner Art überwältigt und ausgeglichen werden.“⁽¹⁾

Ich interpretiere die Krise als eine der Verwertung. Das Kapital hat den Punkt erreicht, an dem der, heute auch schon mehrfach angesprochene, tendenzielle Fall der Profitrate in einen tendenziellen Fall der Profitmasse umschlägt. Und das ist die interessante Größe. Wenn näm-

lich nur die Profitrate fällt, die Profitmasse aber steigt, ist das unmaßgeblich. Wobei mit Profitrate und Profitmasse immer die durchschnittliche gemeint ist, von Supergewinnen bestimmter Unternehmungen also abstrahiert wird. Aus den Veränderungen in der organischen Zusammensetzung des Kapitals – grob gesprochen, wenn die tote Arbeit gegenüber der lebendigen, das konstante Kapital gegenüber dem variablen im Produkt zunimmt, was durch die Produktivkraftentwicklung bedingt ist, – wird das Kapital tendenziell ausbeutungs- und akkumulationsunfähiger.

Die Krise der Arbeiterklasse, die ja allerorten diskutiert wird und empirisch manifest ist, muß als eine Krise des Gesamtverhältnisses des Kapitals interpretiert werden. Wir müssen ernsthafter und ausführlicher über den tendenziellen Fall der Profitrate reden, um so den Charakter der Krise zu bestimmen. Ebenso darüber, was den Kapitalismus eigentlich ausmacht. Für mich ist der Kapitalismus die durchgesetzte Warenform. Von Kapitalismus ist also dann – und erst dann – zu sprechen, wenn der Warenverkehr die herrschende Form des Stoffwechsels einer Gesellschaft bestimmt. Die Elementarform des Kapitalismus war für Marx nicht die Trennung in Klassen sondern die Ware, die er in Gebrauchswert und Tauschwert aufgeschlüsselt hat. Das Charakteristische an der Ware ist der Wert oder Tauschwert.

Wenn wir schon von Widersprüchen reden wollen, dann sollten wir den, der von Marx zentral angesprochen wurde, nämlich den Widerspruch zwischen der Entwicklung der Produktivkräfte und der Produktionsverhältnisse nicht vergessen, sondern in den Mittelpunkt rücken. Denn meiner Ansicht nach ist es gerade dieser Widerspruch, von dem die objektive Sprengkraft des Kapitalverhältnisses zu erwarten ist.

Wenn also die These von einer finalen Krise des Kapitalismus, wie sie etwa Robert Kurz vertritt und auch am weitesten entwickelt hat, stimmt, dann ist ein Paradigmenwechsel linker Inhalte unausweichlich und auch absehbar. Dazu sind, ich will das vorläufig einmal nur negativ formulieren, einige Abschiede unumgänglich.

1. Abschied von der Marktwirtschaft

Der Markt ist keine objektive Tatsache, sondern ein historisch begrenztes Feld fetischisierter Kommunikation. Es gibt kein anthropologisches Prinzip von Markt und Tausch, die Marktwirtschaft ist, selbst in den Zentren, erst seit einigen Jahrhunderten gesellschaftlich vorherrschend. Tauschen ist nichts anderes als deformiertes Geben und Nehmen. Die Menschen drücken sich nicht in ihren Produkten direkt zueinander aus, sondern über abstrakte Arbeitsquanta. Distribution der Güter meint im Kapitalismus – und nur hier – Zirkulation von Waren. Der Tausch ist also kein vom Kapital abziehbares Phänomen

oder ein Modus. Marx schreibt dazu in den Grundrissen: „Es ist also ein ebenso frommer wie dummer Wunsch, daß der Tauschwert sich nicht zum Kapital entwickelt, oder die den Tauschwert produzierende Arbeit zur Lohnarbeit.“⁽²⁾ Es geht nicht an, daß die Linke sich in unmittelbaren Realitäten geschlagen gibt, sie als Ewigkeiten wahrnimmt, anstatt als spezifischen Auswurf der Geschichte. Gerade das müßte Theorie leisten, vom Empirischen zu abstrahieren.

Sozialismus und Markt haben absolut nichts miteinander zu tun, sozialistische Marktwirtschaft ist ein hölzernes Eisen. Marx schreibt über den Sozialismus: „Innerhalb der genossenschaftlichen, auf Gemeingut an den Produktionsmitteln gegründeten Gesellschaft tauschen die Produzenten ihre Produkte nicht aus. Eben- sowenig erscheint hier die auf Produkte verwandte Arbeit als Wert dieser Produkte, als eine von ihnen besessene sachliche Eigenschaft, da jetzt, im Gegensatz zur kapitalistischen Gesellschaft, die individuellen Arbeiten nicht mehr auf einem Umweg, sondern unmittelbar als Bestandteile der Gesamtarbeit existieren.“⁽³⁾ Also unabhängig davon, ob man sich positiv oder negativ auf Markt orientiert, Markt und Sozialismus schließen einander aus.

2. Abschied von der Arbeiterklasse und vom Klassenkampf

Es gibt keinen antagonistischen Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit. Dieser Widerspruch ist ein immanenter. Ihre Differenz ist ein ordinäres Konkurrenzverhältnis. Ihr Kampf, der Klassenkampf, ist nichts anderes als eine Fluktuation des Wertes der Ware Arbeitskraft, eine Auseinandersetzung um das Verhältnis von v:m, vom variablen Kapital zum Mehrwert.

Die Arbeiterklasse ist eine bürgerliche Klasse, der Klassenkampf ist eine immanente bürgerliche Form gesellschaftlicher Auseinandersetzung. Sozialismus und Arbeiterbewegung sind keine Synonyme. Als Lohnarbeiter können Lohnarbeiter gar kein antikapitalistisches Bewußtsein haben. Klassenbewußtsein kann nicht sozialistisch sein. Was an Klassenbewußtsein noch vorhanden ist, wird immer mehr zu einer regressiven Größe, zu einem bloßen Anhängsel des produktiven Blocks. Obwohl die gesellschaftlichen Widersprüche sich verschärfen, entschärfen sich die Klassenwidersprüche.

3. Abschied von der Arbeit als sinnstiftender Instanz

Arbeit – verstanden als abstrakte Arbeit, als Lohnarbeit – ist kein positiver Wert, sondern eine historische Notwendigkeit, begrenzt auf bestimmte Epochen. Wenn ich hier von Arbeit spreche, meine ich das, was man im Englischen unter „labour“ versteht, denn das Deutsche hat diese sinnvolle Differenzierung zwischen Arbeit(en) und Werk(en) im Laufe der Jahrhunderte verloren.

Der rechts-linke Konsens von „Arbeit schaffen“, der auch heute vorgetragen wurde, muß durchbrochen und negiert werden. Die grundsätzliche Frage hat zu lauten: *Wer soll eigentlich wozu vollbeschäftigt werden?* Die fetischisierte Formel setzt nämlich voraus, daß gesellschaftliches Auskommen an monetäres Einkommen gekoppelt zu sein hat. Doch gerade dies gilt es zu durchbrechen. Das Auskommen muß vom Einkommen entkoppelt werden. Es geht nicht nur darum, Arbeit und Einkommen zu entkoppeln, es geht darum, individuelles Auskommen von individuellem Einkommen in monetärer Form zu entkoppeln. Vollbeschäftigung in der Form von Lohnarbeit wird es so und so nie mehr geben, dafür sprechen alle empirischen Daten. Welche Ausweitung von Produktion ist heute noch vorstellbar? Es gibt genug Butter, Schweine, Autos, Bier; die Frage ist „Warum müssen sie bezahlt werden?“ Perspektivisch geht es nicht darum, Arbeit zu schaffen, sondern Arbeit abzuschaffen.

Im Wesen der Lohnarbeit haben geistige Beschränktheit und Konformismus ihre Wurzeln. Sie ist der Grund von Dumpfheit, Abgestumpftheit und Abgeklärtheit der bürgerlichen Individuen. Dazu ein Zitat von Günter Anders: „Der Betrieb ist der Ort, an dem der Typ des medial gewissenlosen Menschen hergestellt wird, der Geburtsort des Konformisten.“⁽⁴⁾ Arbeit macht dumm. Das emanzipatorische Ziel kann also nur darin bestehen, die Menschen weniger zu beschäftigen, damit sie sich beschäftigen können, womit sie sich beschäftigen wollen.

4. Abschied von der Politik

Politik ist keine neutrale Form, sondern eine warenförmige Regulationsmaschine der kapitalistischen Verwaltung. Politik ist a priori kapitalkonform. Sozialistische Politik ist ein Widerspruch in sich. Politik ist kein Prinzip, das über die Ökonomie hinausgeht, sie ist das Ein- und Auspendeln gesellschaftlicher Möglichkeiten auf dem Niveau der aktuellen Verwertungsbedingungen. Politik ist keine autonome Gestaltungskraft und hat auch immer weniger (die in den alten Neuen Linken so abgefeierte) relative Autonomie. Sie ist letztendlich nichts anderes als die gebundene Verwaltungskraft, die an der Ökonomie hängt.

Nur die spezifische, fordistische Periode hat sie als etwas anderes erscheinen lassen können, weil die Verwertungsbedingungen im Westen so ausgezeichnet waren, daß Bedürfnisse befriedigt werden konnten, die in der Zwischenkriegszeit außerhalb jeder Reichweite lagen. Daher bewerte ich Entpolitisierung bzw. Politikverdrossenheit anders als üblich, nämlich positiv. Sie erscheint zwar heute in einer negativen Form, aber ich kann nicht erkennen, warum man von der Politik, die von Rechts und Links gemacht wird, nicht verdrossen sein soll. Politik und Pra-

xis sind nicht identisch. Die Absage an die Politik ist also keine Absage an die Praxis.

5. Abschied von den bürgerlichen Leitwerten

Ich wende mich nicht nur gegen die Politik sondern auch, ganz in Marxscher Tradition, gegen Freiheit und Gleichheit, Demokratie, Sozialstaat, Menschenrecht. Zur Disposition stehen auch Konstruktivität und Sachlichkeit, die nichts anderes sind, als positivistische Zwangsmodi bürgerlicher Betrachtungsweise. Eines der Grundmißverständnisse linker Theorie war stets die metaphysische Trennung von Form und Inhalt. Diese führt dazu, daß die Form als quasi wesenlose Hülle erscheint, die mit beliebigen Inhalten auszufüllen sei.

Das affirmative wie leere Verständnis von Politik, Recht, Demokratie oder Staat ist Ausdruck dieser Haltung. Diese Begriffe sind bisher nicht als bürgerliche Realkategorien erkannt worden, sondern werden als überhistorische Formen menschlicher Kommunikation verkannt. Wenn ich z.B. etwas von sozialistischer Demokratie höre, schlafe ich sofort ein. Es geht nicht mehr darum, auch wenn es in diesem sozialdemokratischen Jahrhundert durchaus notwendig und sinnvoll war, eine andere Politik, mehr Demokratie, mehr Sozial- und Rechtsstaat einzufordern, sondern darum, die objektive Begrenztheit dieser Instrumentarien aufzuzeigen und Kritik an diesen immanenten, d.h. bürgerlichen Formprinzipien des Gesellschaftssystems zu üben.

Das Gleiche gilt natürlich auch und gerade für die Demokratie. Daß Demokratie sich brausen kann, wenn es um Wirtschaft geht, müßte doch schon langsam dämmern. Da können noch so alle etwas anderes wollen, wenn es der Rentabilität widerspricht, wird es fallen. Die Bedürfnisse der betroffenen Menschen sind letztendlich nur von Belang, wenn sie in-Wert-gesetzt werden können. Sind sie es nicht, dann werden jene abartig und absonderlich, schlußendlich ausgesondert. Die Menschen sind im Kapitalismus ja auch nicht Ausgangspunkt und Ziel – wie fälschlicherweise jede demokratische Staatsbürgerkunde behauptet –, sondern ihre Rolle ist die eines Mediums der Verwertung.

Und noch etwas, es ist schon sonderbar: Alles, was die Demokratie trägt – die Politiker, die Parteien, die Bürokratien, der Parlamentarismus, der Proporz, die Gesetzgebung – ist in Verruf geraten. Und das leere Füllwort, das jetzt völlig nackt im Raum steht, wird affirmiert bis zum „Geht nicht mehr!“. Alle sind für die Demokratie, obwohl immer weniger klar ist, was man sich positiv darunter vorstellen kann. Im historischen Bezug kann man zeigen, daß alle Versuche einer sogenannten Demokratisierung von der Konzeption der Räte Demokratie bis zur Basisdemokratie an objektiven Kriterien gescheitert sind und nicht daran, daß die subjektiven Träger nicht

entschieden genug den Anforderungen nachkommen konnten.

6. Abschied vom bürgerlichen Subjektdenken

Zurück zu unserem Ausgangspunkt: Die Linke denkt den Kapitalismus immer dualistisch, nicht struktiv. Hört sie vom Kapital, denkt sie sofort an die Kapitalisten, an die Konzerne, an den Klassenkampf, an die Kartelle. Dieser K&K-Sozialismus ist meiner Ansicht nach völlig überholt. Eifrig benennt die Linke die Schuldigen und vergißt, was der Kapitalist eigentlich ist, was im ersten Band des „Kapitals“ nachzulesen ist; nämlich nichts anderes als eine Charaktermaske, der Funktionär der kapitalistischen Produktion.⁽⁵⁾ Nicht, was heute mehrfach unterstellt wurde, machthabende und -schaffende Elite, die entscheidet, wo es langgeht.

Kapital und Arbeit sind dem Kapitalverhältnis untertan. Sie sind unterschiedlich positioniert, aber den Zwangsgesetzlichkeiten der Kapitalherrschaft müssen sie sich beide unterwerfen. Die Linke muß wegkommen vom Moralisieren, von dem Suchen und Finden der Schuldigen und zur Analyse gesellschaftlicher Totalität übergehen.

Was heißt das für die gesellschaftliche Emanzipation?

Eine Linke, die fortfährt in den konventionellen Formen dieses Jahrhunderts, wobei für den Westen die sozialdemokratische Form und für den Osten die bolschewistische Form, trotz aller Deformationen durchaus funktionsfähig war, kommt nicht über die Variation des Kapitalverhältnisses hinaus. Um über sie hinauszukommen, muß man die der bürgerlichen Gesellschaft zugrunde gelegten Formen einer radikalen Kritik unterziehen. Im Prinzip heißt das, daß Emanzipation sich heute von Demokratie emanzipiert hat und in jeder Hinsicht interessensunspezifisch und damit klassenunspezifisch, geschlechtsunspezifisch und regionenunspezifisch geworden ist. Ganz im Sinne der propagierten Klassenlosigkeit.

Ein Ziel der klassenlosen Gesellschaft ist aufrecht, daß nämlich Emanzipation erstmals zur allgemeinen menschlichen Angelegenheit geworden ist. Zu einer Angelegenheit, die über den Interessen steht und nicht als partielles Interesse formuliert werden kann. Vor allem die Ökologiefrage verdeutlicht das am Prägnantesten. Es geht nicht mehr um den Kampf der Einen gegen die Anderen, sondern um die Überwindung dieses Kampfes. Es geht nicht um irgendeinen Sieg, sondern um die Aufhebung der menschlichen Vorgeschichte. Denn diese ist wahrlich zu Ende – insofern ist das postmoderne Gerede durchaus richtig, auch wenn das Ende der Geschichte mit dem Ende der Vorgeschichte verwechselt wird. Wir stehen also tatsächlich vor

der Alternative Sozialismus oder Barbarei

Wenn man sich die weltweite Entwicklung anschaut, dann sind – außer in einigen westlichen Zentren – barbarische Zustände hergestellt. Zwischen Afghanistan und Äthiopien kann man nicht davon sprechen, daß Marktwirtschaft funktioniert. Selbst wenn man sich die zum Kapitalismus hinaufgefallenen Länder im Osten anschaut, muß man sagen, daß die Transformation nur teilweise geklappt hat. In Tschechien z.B. besser, in der ehemaligen DDR und in Ungarn schon weniger, aber wie dieser Prozeß in Jugoslawien vollzogen wurde und wird, wissen wir. Was weiter im Osten geschieht, ist nur weniger bekannt, aber afghanische und tschetschenische Zustände sind kennzeichnend. Verglichen mit letzterem, war das Sowjetsystem fast anheimelnd. Die Barbarei ist also schon da, zwischen Rumänien und der Mongolei und zwischen Äthiopien und Afghanistan ist kaum an menschenwürdige Existenz zu denken. Da ist keine Perspektive. Daher reagiert der Westen empfindlich und baut neue Mauern, damit die Menschen nicht dem Geld folgen und hierher kommen, um ihr Glück zu versuchen.

★

In nur einer Hinsicht hat das Wort „Spielraum“, das in der Themenstellung formuliert ist, eine Berechtigung: die Politik ist im Kapitalismus zum Spielraum geworden. Spielraum im Verständnis von Spielzimmer. Rechte und linke Politik spielt Verwaltung. Sie meint etwas tun zu können und kann nichts tun, als sich permanent den ökonomischen Gesetzmäßigkeiten zu unterwerfen. Paradigmatisch dafür sind die Vorgänge rund um die Flexibilisierung der Ladenöffnungszeiten, bei denen der Gleichklang traditioneller Interessen der Unternehmer und der Arbeiterklasse offenbar werden, nämlich die Öffnungszeiten nicht zu erweitern. Aber der internationale Druck des Kapitals fungiert über diese Interessen beinhardt hinweg.

Die Linke muß sich von ihren alten Mythen, d.h. den falschen Wahrheiten befreien, wir leben nicht 1923, auch nicht 1956, und nicht 1976, auch wenn ich heute einige déjà vu-Erlebnisse hatte. Will die Linke Zukunft haben, darf sie nicht weiter Vergangenheit spielen.

1) Karl Marx, *Das Kapital. Zweiter Band* (1885), MEW Bd. 24, S. 109.

2) Karl Marx, *Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie* (1857/58), MEW, Bd. 42, S. 174.

3) Karl Marx, *Kritik des Gothaer Programms* (1875), MEW, Bd. 19, S. 20.

4) Günther Anders, *Die Antiquiertheit des Menschen, Band II. Über die Zerstörung des Lebens im Zeitalter der dritten industriellen Revolution*, München 1980, S. 289-290.

5) Vgl. Karl Marx, *Das Kapital, Erster Band* (1867), MEW, Bd. 23, S. 167-168, 247, 618 etc.

Bruchstücke einer politischen Ökonomie des Antisemitismus

von Gerhard Scheit

1. Die ursprüngliche Akkumulation des Antisemitismus

Das *Wuchern des Geldes* – die Fortpflanzung dessen, was man als reines Mittel des Tausches verstand – erschien ursprünglich als etwas Unheimliches und Bedrohliches: eine unbegreifbare *zweite Natur*, die sich nicht zähmen und kultivieren läßt. Aristoteles nannte es „naturwidrig“ oder „am meisten gegen die Natur“, wenn Geld gegen Geld getauscht wird und nicht – wozu es erfunden sei – gegen Gebrauchswerte und wandte sich heftig gegen den Preis, der beim Leihen von Geld verlangt wird – also gegen den Zins. „Denn das Geld ist um des Tausches willen erfunden worden, durch den Zins vermehrt es sich aber durch sich selbst.“¹⁾ Der Vorbehalt des Philosophen kann sich allerdings noch auf eine Gesellschaft stützen, in der die Kreditnahme im wesentlichen auf den Konsum beschränkt – und darum ephemere blieb; die Kredite flossen nicht in die Produktion (von Bedeutung für sie waren sie nur als Seedarlehen). So vermag Aristoteles auf realistische Weise die kaufmännische Kunst, deren Ziel der Erwerb von Geld sei und die darum keine Grenzen kenne, mit der Kunst der Haushaltung – der Ökonomie im eigentlichen Sinn – in Schach zu halten.

Es handelte sich bei der einfachen, mit der Arbeitskraft der Sklaven verstärkten Warenproduktion der antiken Polis um eine *Akkumulation ohne Produktivitätssteigerung*. Dies zeigt sich am deutlichsten in der Funktion, die dem Geld zukommt: Wenn die Heiligtümer und Tempel als Staats-Banken bezeichnet werden können, so doch nur mit der Einschränkung, daß die Kredite, die von ihnen vergeben werden, so gut wie nie in die Produktion, sondern fast ausschließlich in den Konsum (wozu auch politische Repräsentationskosten zählen) gesteckt werden. Dies gilt ebenso für die diversen privaten Kreditgeber, Pfandleiher, Geldwechsler und 'Wucherer'. Moses I. Finley hat für die gesamte Antike das Fehlen jener Einrichtungen herausgestellt, „die uns aus dem späten Mittelalter und der frühen Neuzeit bekannt sind und die die Kreditschöpfung erlaubten, d.h. die Ausweitung der Geldmittel einer Gesellschaft durch Techniken, die es Geldverleiher oder Krediteinrichtungen ermöglichten, mit Ersatzmitteln der verschiedensten Art umzugehen, als sei es Bargeld.“²⁾ Die Kritik des 'Wuchers', des Zinsnehmens, wie sie sich gleichermaßen bei Aristophanes und bei Aristoteles findet, stand also im Unter-

schied zu der der mittelalterlichen Theologen und Passionsspieldichter auf den festen Beinen einer Gesellschaft, die den Kredit – von Seedarlehen abgesehen – fast nur zur vorübergehenden Ausweitung des Konsums, nicht aber zur Steigerung der Produktivität verwendete.

Da die Bedeutung des Zinses solchermaßen begrenzt blieb, entgingen diejenigen, die ihn kassierten, von vornherein einer Verteufelung. Aristoteles oder Aristophanes kommen nicht auf den Gedanken, die Lasten der Akkumulation einem Sündenbock aufzuladen – einem negativen Plutos, der nicht von Blindheit geschlagen, sondern von bösem Mutwillen gegen Bürger und Polis durchdrungen wäre – um ihn dem scheinbaren Wohle des Staates zu opfern.

Erst die Koppelung von Kreditnahme und Produktivitätssteigerung – die Verwendung des geliehenen Geldes zur Ausdehnung und Intensivierung der Produktion – ermöglichte jene quasi unendliche, extensive wie intensive Wachstumsdynamik, die das Mittel des Geldes endgültig zum Zweck macht. Das Problem aber ist, in welcher Form es als solcher überhaupt bewußt werden kann.

Bei den Lehrmeistern und Predigern der Kirche zeigte sich früh schon ein regelrechter Horror vor dem sich selbst vermehrenden Geld, das sich bald in ganz anderen Dimensionen des Wachstums bewegen konnte als noch in der Antike. Mit Verboten und Regelungen versuchte man, die Funktion des Geldes auf den Austausch mit Gebrauchswerten, also die unmittelbare Bezahlung von Waren, zu beschränken und damit Zinsnahme, 'Wucher', zu verhindern. Beim Leihen von Geld durften demnach Christen keinen Zins verlangen, weil hier keine Sachgüter produziert oder getauscht werden. Nicht verboten aber wurde das Verleihen von Geld gegen ein Pfand – ein Eigentum in Gestalt von Grund und Boden etwa, das als Entschädigung für das Geld und bis zur Rückzahlung genutzt werden durfte. Mit dieser christlich abgesegneten Methode des Wucherns gelang es der Kirche, den Klöstern und anderen frommen Körperschaften immensen Reichtum anzuhäufen. Aber auch für Christen, die unmittelbar das Geld wuchern ließen, mußte Abhilfe geschaffen werden.

Jacques Le Goff hat dokumentiert, wie eng die Imaginationen von Hölle und Fegefeuer mit dem Schrecken, den die Akkumulation von Geld hervorrief, zusammenhingen.³⁾ „Fenus pecuniae,

funus est animae“ (Des Geldes Zinsgewinn ist der Seele Tod), sagte Papst Leo I. im 5. Jahrhundert. In den späteren Schriften und Predigten erhielt dieser Seelentod einen besonderen Raum: die Hölle. An einer exemplarischen Predigt von Jakob von Vitry läßt sich verfolgen, wie die Geld-Akkumulation buchstäblich das Material für die Hölle liefert: das wachsende Geld setzt sich unmittelbar um in wachsende Höllenqual – „Gott verfügte, daß drei Menschenarten sein sollen: die Bauern und die anderen Arbeiter, um das Überleben der übrigen zu sichern, die Ritter, um sie zu verteidigen und die Geistlichen, um sie zu regieren; aber der Teufel setzte eine vierte Art ein: Die Wucherer. Da sie nicht an der Arbeit der Menschen teilhaben, werden sie nicht bei den Menschen, sondern bei den Teufeln bestraft. Denn der Menge Geldes, das sie durch Wucherszins erwirtschaften, entspricht die Menge Holz, die dem Höllenfeuer aufgelegt wird, in dem sie verbrennen sollen.“⁴⁾ Doch während für die christlichen Wucherer sogar das Fegefeuer erfunden wurde, um sie vor der ewigen Verdammnis zu retten, beginnt für die jüdischen die Hölle bereits auf Erden: der Antisemitismus säkularisiert gewissermaßen die Höllenqualen.

Manchmal kamen die von der obskuren Fruchtbarkeit des Geldes verstörten, christlichen 'Intellektuellen' sogar dem Tauschwert ein wenig auf die Spur, von der sie ihr Gottesbegriff freilich wieder wegzulocken verstand: so etwa, wenn sie den Wucher als Diebstahl begriffen, und zwar als Diebstahl an der Zeit – da diese Zeit aber im Unterschied zu den vom Menschen produzierten Gütern Gott gehöre, sei der Wucherer ein ganz besonders großer Sünder. „So leiht der Wucherer dem Schuldner nicht, was ihm gehört, sondern nur die Zeit, die Gott gehört – sed tantum tempus, quod dei est.“ (Thomas von Chobham)⁵⁾ Aber das bevorzugte Mittel, den Horror vor dem sich selbst zeugenden Geld zu bannen, war die Identifikation des Geldes mit dem Judentum: das real Abstrakte, das sich vom menschlichen Tun verselbständigt hatte, konnte in dieser Weise wieder menschliche Konkretheit erhalten: die des Unmenschen. Wucherer und Jude wurden Synonyme. In den Schriften des 12. Jahrhunderts ist zum ersten Mal vom „jüdischen Wucher“ die Rede. Und der geistige Führer des Zweiten Kreuzzugs – der wie der Erste vor allem auch ein Kreuzzug gegen das Judentum war –, Bernhard von Clairvaux, ersetzte in seinen Predigten das Geldverleihen gegen Zinsen einfach mit dem Wort Judaisieren, lat. iudaicare.

Wucher nennt man landläufig einen besonders hohen Zins. Verglichen mit dem späteren Zinsfuß aus der Welt des Manufaktur- und Industriekapitals stieg der Zins in der alten Welt tatsächlich oft in extreme Höhen – ihm haftete etwas Willkürliches an: die jeweilige Höhe des Zinses differierte stark von Land zu Land und innerhalb jedes Landes. Es findet sich „in keinem Land ein allgemei-

ner Zinsfuß“ und „grosse Verschiedenheit in Ansehung der Zinsen und der Begriffe vom Wucher“. Marx hat für den dritten Band des Kapitals die verschiedenen 'Zinsfüße' zusammengetragen – „Zu Karls des Grossen Zeiten galt es für wucherlich, wenn 100% genommen. Zu Lindau am Bodensee, 1344, nahmen einheimische Bürger 216 2/3 %. In Zürich bestimmte der Rath als gesetzlichen Zins 43 1/3 %. In Italien mußten zuweilen 40 % gezahlt werden, obgleich vom 12-14 Jhh. der gewöhnliche Satz nicht 20 % überschritt. Verona ordnete als gesetzlichen Zins an 12 1/2 %. Friedrich II. in seiner Verordnung 10 %, aber dieß bloß für die Juden. Für die Christen mochte er nicht sprechen. 10 % im rheinischen Deutschland schon im 13. Jahrhundert das Gewöhnliche.“⁶⁾ War demnach dem Eigentümer von Wucher- oder Kaufmannskapital ein im Vergleich zum modernen Industriekapitalisten wesentlich größerer Handlungsspielraum gegeben? Hat er selbst bestimmen können, wie sehr er den Käufer oder Schuldner ausbeuten wollte? Wäre also der Wucherer oder der Handelsherr noch nicht als Charaktermaske des Kapitals, sondern als moralisch autonom handelndes Individuum zu sehen? Diese Sichtweise aber würde ausklammern, daß der Souverän – der Feudalherr oder der Stadtrat – von den Inhabern des Geldes und den Verkäufern der Waren seine Abgaben verlangte, die wiederum im Gutdünken des jeweiligen Herrn lagen – und wie man weiß, hatten z.B. Juden besonders hohe Abgaben zu leisten, um überhaupt leben zu dürfen.

Das alte Wucherkapital eignete sich in der Form des Zinses – wie das Kaufmannskapital in der des Preises – allen Überschuß über die Subsistenzmittel der Produzenten an (was etwa den Betrag des späteren Arbeitslohns ausmacht) – also, von Staatsabgaben abgesehen, allen Mehrwert –, während der Zins im modernen Sinn nur einen Teil des Mehrwerts bildet, der hier vor allem in Form des Profits angeeignet wird. (Marx bezeichnet es darum als „höchst abgeschmackt“, den Zinsfuß des alten Kaufmanns- und Wucherkapitals mit dem der industrialisierten Zeit zu vergleichen.)⁷⁾ Der Wucherer aber kennt durchaus kein Maaß ausser der Leistungsfähigkeit oder Widerstandsfähigkeit der Geldbedürftigen.⁸⁾ Der Zins der vorindustriellen Welt drückt demnach die Rate der 'normalen' Ausbeutung in Geldform aus, gewinnt jedoch im Unterschied zum modernen Zinsfuß den Anschein einer abnormen Proportion, wird als unverhältnismäßiger Expropriationsgrad erfahren. Gegen diese besondere Sparte oder spezialisierte Funktion der Aneignung richtet der unmittelbare Produzent, der zünftige Handwerker, der freie oder unfreie Bauer, seinen Zorn; auf diesen Schauplatz der Kapitalakkumulation konzentriert er sein Ressentiment und vermeidet so die direkte Konfrontation mit Handelskapital und Feudalherrn – so formiert sich die mittelalterliche 'Volksge-

meinschaft', bestehend aus Handelskapital, Feudalherrn und unmittelbaren Produzenten, gegen das 'jüdische Wucherkapital'.

Tatsächlich ist aus der Perspektive des einzelnen Produzenten die Exploitation durch das Kaufmannskapital nicht konzentriert wie jene durch das Wucherkapital. Denn die einzelne Ware sich nicht leisten können, weil ihr Preis zu hoch ist, erlaubt immerhin noch die Aussicht, irgendwo eine billigere des gleichen Gebrauchswerts zu erstehen oder auf sie zugunsten anderer Gebrauchswerte überhaupt zu verzichten; während der Zwang, das Geld als Zins abzuliefern, womöglich bedeutet, sich überhaupt keine Ware mehr leisten zu können. Gegenüber der 'zerstreuten' Ausbeutung durch das Kaufmannskapital gilt darum das Geldgeschäft, in dem die Ausbeutung fokussiert erscheint, als Kapital par excellence. Außerdem vermittelt der Warenverkäufer Gebrauchswerte, was – bei aller Preis-Prelerei – als Arbeit interpretiert werden mag. „Dagegen stellt sich im Zinstragenden Capital der selfreproducing Charakter des Capitals, der sich verwerthende Wert, die Production des Mehrwerths, als occulte Qualität rein dar.“⁹⁾ Für solchen Okkultismus ist als Medium der Antisemitismus wie geschaffen: vor den Augen der stauenden Christenheit 'materialisiert' sich darin das Wucherkapital im 'jüdischen Blutsauger'.

Das Medium machte unsichtbar, daß die Juden auch auf diesem Nebenschauplatz der Akkumulation de facto keineswegs eine Monopolstellung besaßen. Nachdem ihnen ein Beruf nach dem anderen verboten worden war, erwuchs ihnen gerade hier seit den Kreuzzügen – die das Christentum in die Kunst der Kapitalakkumulation einführten – eine mächtige christliche Konkurrenz. Man verstand es, das Wucherverbot der Kirche zu umgehen – wie ihrerseits die Scholastiker des 13. Jahrhundert nach Möglichkeiten suchten, das Zinsnehmen und das Geldgeschäft für Christen doch irgendwie zugänglich zu machen, so daß also Kapital in christlichen Händen akkumulieren konnte und nur die jüdischen schmutzig schienen. Denn stigmatisiert als diejenigen, die Christus aus dem Tempel vertrieben hatte und die an ihm und an der Christenheit Rache übten, die einzigen mithin unter den Völkern in Europa, die nicht aufgingen in der großen christlichen Gemeinschaft, sondern ihr sich widersetzten, eigneten sie sich wie keine andere gesellschaftliche Gruppe zur Versinnlichung des Geldes, das nicht aufging in der christlichen Liebe und sich der Subsistenzwirtschaft widersetzte.

Und immer wenn die Produzenten zu feige sind, ihren Herrn entgegenzutreten, richtet ihr Haß sich auf die Stigmatisierten. Die Feigheit hat systematischen Charakter: sie beruht auf einem Fetisch, der vorgibt, alle Fetische aufzulösen – das real Abstrakte, das mit dem Austausch in die Welt gekommen ist, als Konkretes zu überführen, den Tauschwert als Juden. Die Juden werden eben

nicht bloß als Repräsentanten des Marktes angesehen, ihr Erscheinungsbild soll vielmehr das undurchschaubare und ungreifbare Marktgeschehen durchschaubar und greifbar machen. Ihre Vertreibung, ihre Vernichtung bleibt moralisch doppeldeutig, heuchlerisch, weil es sich niemals nur um einen Aberglauben, ein eingeschränktes Erkenntnisvermögen, sondern immer auch um eine moralische Entscheidung handelt: die Handwerker und Bauern des 14. und 15. Jahrhunderts, die – als die Akkumulation ins Stocken geriet, das Bevölkerungswachstum in Hungersnot umschlug – die Ghettos in ihren Städten stürmten und die Juden verfolgten und auf die Scheiterhaufen schleppten, wollten wohl daran glauben, daß sie den Wucher, den Zins selbst vertreiben und verbrennen. Doch eben auf diese Weise eigneten sie sich mit vollem Bewußtsein das Geld der Vertriebenen und Verbrannten an. Als man in Wien nach dem Sturm auf das Ghetto im Jahre 1421 – der mit dem Vorwurf einer Hostienschändung von allerhöchster Stelle legitimiert worden war – über zweihundert Juden verbrannte, wühlten – wie berichtet wird – die Christen noch in ihrer Asche, um Gold und Silberstücke zu finden.¹⁰⁾

Ist der Antisemitismus immer schon rassistisch – so unterscheidet er sich von Rassismus im Allgemeinen. Der Rassebegriff ist, nachdem er für die Sklaven- und Massakerökonomie der Kolonien Bedeutung gewonnen hatte, auch auf die Juden angewandt worden – doch handelt es sich hier um eine Überdeterminierung: denn die Juden waren im christlichen Diskurs lange schon als Teufelsbrut, Gottesmörder, Blutsauger und Wucherer mehrfach determinierte Wesen. Die Stigmatisierung der Schwarzen und der Indianer, der Asiaten und der Slaven als spezifische 'Rassen' erweist sich demgegenüber als eine einfache Bestimmung: ihr einziger Sinn liegt darin, die Dominanz der Eroberer auf den Körper und Geist der Eroberten zu projizieren, deren Arbeitsproduktivität es gleichzeitig einzuschätzen gilt.

Aber die durch den Sklavenhandel in Bewegung geratenen Bewohner fremder Erdteile erscheinen dem christlich-abendländischen Bewußtsein kaum weniger bedrohlich: ihre Unheimlichkeit gewinnen sie darin aber nicht wie die Juden als Repräsentanten des Marktes, als Verkörperungen des Wertes, sondern im Gegenteil als die willenlosen Objekte des Marktes, als Verkörperungen des Gebrauchswerts – als *Natur*.

2. Deutscher Volksstaat, jüdische Weltverschwörung

Die Verschwörung des Judentums gegen den Rest der Menschheit – ein Rest, den zu verkörpern die Deutschen ausersehen werden –, das Streben nach der Herrschaft über die Erde oder nach der Vernichtung von Menschheit und Welt: das scheint der neue Inhalt zu sein, den der Antisemitismus im 19. Jahrhundert annimmt. War er in den Jahr-

hunderten davor auf die Frage von Reichtum und Armut im unmittelbaren Sinn, auf das Verhältnis von akkumuliertem Kapital und enteigneten Kleinproduzenten beschränkt – auch dann, wenn er religiös argumentierte, so macht er nun den nächsten Zug: von ökonomischer Macht zu politischer Herrschaft.

Zur Staatsräson hatte der Antisemitismus stets gehört – doch das Wesen des Staates änderte sich. Einstmals bestand staatliche Macht in unmittelbaren Formen der Herrschaft: Leibeigenschaft, Lehwesen und noch der Hofadel bildeten solche Herrschaftsstrukturen; mit der Durchsetzung kapitalistischer Warenproduktion zerfielen sie. Wie kann eine Bevölkerung, die in bloße Subjekte des Tausches zerfällt, einerlei ob sie nun ihre Arbeitskraft oder ihre Waren zu Markte tragen, wie kann eine solche Gesellschaft von vereinzelt Produzenten und Konsumenten weiterhin an einen Souverän gebunden werden? Das war das große Problem der Staatsbürokratie seit dem Ende des 18. Jahrhunderts. Die Revolutionen zwischen 1789 und 1848 zeigten deutlich, wieviel Kohäsionskraft der Staat verloren hatte. Gleichwohl bedurfte der dem Absolutismus entwachsende Markt einer staatlichen Regulation, einer gewissen Regelung der Rahmenbedingungen, damit die Akkumulation des Kapitals vorangehen konnte. Mehr als alle Klassenkonfrontationen scheint dieses Dilemma das Erkennungszeichen der Epoche zu sein.

Einerlei ob sich die Träger des Staats als Revolutionäre oder als Konservative verstanden, indem sie diese Macht übernahmen, waren sie gezwungen, dem latenten inneren Zerfall von Souveränität entgegenzuwirken. Das Volk mußte staatsreu gemacht werden – auf welche Weise, mit welchen Mitteln auch immer. Große militärische Macht von Nachbarstaaten (Napoleon!) oder die türkische Bedrohung waren günstige Voraussetzungen, um diese Staatstreue als Nationalbewußtsein zu provozieren. Doch wirkungsvoller noch war die Vorstellung einer Bedrohung von allen Seiten, einer Weltverschwörung gegen das eigene Land, das eigene Volk – und am besten, wenn sie durch einen imaginären Feind im Inneren gelenkt wurde, den man lange schon mit der Macht des Geldes identifizierte. Die absolutistische Beziehung zwischen Judentum und Staat war ohnedies schon gelöst, der 'Hofjude' hatte seine alten Funktionen verloren, er konnte zum 'Liberalitätsjuden' umgetauft werden: zum Verteter des staatenlosen Reichtums, zum Anti-Staatsbürger schlechthin – „leibhaftiges Menetekel dessen, was der liberale Bürger ist, solange er nicht zum Staatsbürger wird, [...] abschreckendes Beispiel für die egoistische Existenz und anarchistische Isolation, die ihm blühen, sollte er sich aus der staatlich formierten und organisierten Gemeinschaft klassenmäßig exkommunizieren [...]“¹¹⁾ Und jene Staaten, die in ihrer Heterogenität besonders bedroht waren vom Zerfall – Deutschland, die Habsburgermon-

archie, aber auch das zaristische Rußland, dessen Geheimpolizei ja die *Protokolle der Weisen von Zion* fabrizierte – bedurften eines solchen Menetekels gewiß in besonderem Maße.¹²⁾ Die jahrhundertelange Kontinuität des Antisemitismus sollte gewiß nicht jene „ungeheuerliche Tatsache“ verdecken, auf die Ulrich Enderwitz nachdrücklich aufmerksam macht: „daß es die politische Gewalt selbst, die Staatsmacht höchstpersönlich ist, die den Juden jetzt ihre Rolle verschreibt, die also den Antisemitismus in seiner novellierten Form propagiert und übt.“ Aber sie ist es höchstpersönlich eher im wörtlichen Sinn: der Antisemitismus bewährt sich als *private* Weltanschauung jener, die in *staatlicher* Funktion gezwungenermaßen exekutieren, was die Kapitalisierung ihnen vorschreibt: die rechtliche Gleichstellung aller Subjekte des Marktes als Bürger des Staates. Im Antisemitismus kann dieses Staatspersonal seinen Vorbehalt gegenüber dieser Gleichstellung ausleben – ohne die Kapitalisierung in Frage stellen zu müssen. Er geht also weniger vom Staat an sich, als von dessen Personal aus: „die Junker, Staatspapierrentiers, höheren Verwaltungsbeamten, Gerichtsassessoren, Gymnasiallehrer und Universitätsprofessoren – sie sind es, die im 19. Jahrhundert die Juden aus allen Emanzipationsträumen herausreißen und erneut ins Schußfeld einer gesellschaftspolitischen Feindbildprojektion rücken.“¹³⁾

Von den im engeren Sinne staatstragenden Zirkeln der höheren Beamtschaft, des Offizierskorps und des akademischen Mittelstands ausgehend, verschiebt sich das Schwergewicht des Antisemitismus nach unten: auf Angestellten- und Lohnarbeiterschichten, kleinbürgerliche Kreise, untere Beamtschaft und niedere Militärränge. Indem sie den aus der Sicht des Staates konzipierten Antisemitismus übernehmen, üben sie sich ein in die Rolle einer par excellence staatstragenden Schicht. „In eben dem Maß, wie der antisemitische Affekt auf breitere Volksschichten übergreift, legen diese ihre bisherige, von Indifferenz oder gar klassenspezifischer Ablehnung geprägte Distanz gegenüber dem starken Staat der Junker, Militärs und höheren Beamten ab und fangen an, sich selber in der Stellung einer den starken Staat tragenden Mehrheit zu gewahren. Sie entwickeln mithin Aspirationen darauf, die Junker, Militärs und höheren Beamten in ihrer Eigenschaft als gesellschaftliche Basis des starken Staates sei's zu ergänzen, sei's gar zu ersetzen.“¹⁴⁾ Die Staatsbürger und Staatsführer vom alten preußischen oder habsburgischen Schlag standen diesem Prozeß einigermaßen konsterniert, um nicht zu sagen verdattert gegenüber; für sie galt noch das alte Militär als wichtigstes Band zwischen Volk und Staat; und gegenüber den Juden der Grundsatz einer staatlich gewährten Toleranz, also die bürgerliche Verbesserung der Juden zum Nutzen des wirtschaftlichen Wohlstandes. „Ich dulde keine Judenhetze in meinem Reiche“,

dekredierte Franz Joseph. „Die Juden sind tapfere und patriotische Männer und setzen ihr Leben mit Freuden ein für Kaiser und Vaterland.“¹⁵⁾ Und doch mußte der Kaiser die Reden Schönerers und den Aufstieg Luegers dulden. Die christlich-soziale Bewegung wurde in hohem Grade staats-erhaltend, ohne sie hätte Franz Joseph vermutlich kaum so lange regieren können. Denn Ideologen und Praktiker wie Stöcker, Schönerer, Lueger und unzählige antisemitische Organe und Vereine schufen den für die staatliche Integration nötigen Feind. In der Wissenschaft leisteten auf der linken Seite die sogenannten Kathedersozialisten, auf der rechten Konservative wie Treitschke ähnliche Dienste; im Kulturleben nahm Richard Wagner wie kein anderer die Aufgabe wahr; mit der Titulierung als „Staatsmusikant“ hat Marx seine Bedeutung genauer getroffen, als es ihm selber wohl bewußt war. „Immer wieder zog es mich zu seinen Werken“¹⁶⁾, schrieb später Adolf Hitler, der Schüler von Lueger und Schönerer, über seine jugendliche Wagner-Begeisterung.

Freilich läßt sich darum keine direkte, teleologische Linie von Wagner oder anderen Positionen des 19. Jahrhunderts zu Hitler ziehen. Der Holocaust des 20. Jahrhunderts resultierte aus einer Krise, die selbst der ahnungsvolle Wagner nicht ahnen konnte. Um sie zu bewältigen, wurde der Staat nicht nur als Hüter des heiligen Grals der Rasse inszeniert, ihm wurden tatsächlich auch neue Funktionen übertragen: man praktizierte die deutsche Version des New Deal. An Stelle der zermürbten Kaufkraft der Massen trat der Staat selber als „Großkonsument“ (Enderwitz)¹⁷⁾ auf und organisierte größtenteils auf Kreditbasis eine direkte und indirekte Arbeitsbeschaffung. Durch den überdimensionierten Staatskonsum erschien die Arbeit wie befreit vom Kapitalverhältnis (der Arbeitsdienst wurde dafür zum gefeierten, besungenen und abgefilmten Symbol), obwohl dieses Verhältnis in keiner Weise angetastet wurde – und jenen Schein überall zu verstärken, diente die Staats-Ästhetik: von den vielfältigen Aktivitäten der Nazi-Organisationen wie „Kraft durch Freude“ bis zur Gleichsetzung des Arbeiters mit dem Soldaten.

Wenn dieser NS-Deal zunächst wesentlich erfolgreicher funktionierte als der New Deal in den USA – bereits Ende der dreißiger Jahre wurde die Vollbeschäftigung erreicht –, dann vor allem darum, weil der immer gefräßiger werdende NS-Staat von Anfang an nicht nur auf dem Gebiet der Infrastruktur konsumierte, sondern – worauf ja auch die berühmten Autobahnen hinausliefen – auf dem der Rüstung. Je größer die Schulden wurden, die er damit zwangsläufig, aber auf unübersichtliche und kaum zu durchschauende Weise machen mußte, desto intensiver wurde der innere und äußere Feind beschworen: Weltverschwörung des internationalen Finanzjudentums – so lautete die handliche Übersetzung von inflationistischer Kreditierung und negativer Handelsbilanz, Haus-

haltsdefizit und Staatsschuld in den NS-Jargon. In anderen faschistischen Staaten wie Italien (ehe Hitler dort Einfluß gewann) oder Spanien war man übrigens nicht bereit, die Finanzierung des Staatskonsums und die Ästhetisierung der Politik mit gesetzlich fundiertem und massenhaft exekutiertem Antisemitismus zu begleichen. Im Dritten Reich jedoch wurde die Einstellung, die der antisemitische Kleinproduzent zum jüdischen Geldverleiher seit einem halben Jahrtausend kultiviert hatte, zum Staatsschicksal totalisiert – und das Pogrom zur „Endlösung“. In seiner Reichstagsrede vom 30. Januar 1939 (die im Völkischen Beobachter erschien und als Sonderdruck verteilt wurde), erläuterte Hitler, wie demgemäß die Verschuldung des totalen Konsumenten abgetragen werden sollte: „Ich will heute wieder ein Prophet sein: Wenn es dem internationalen Finanzjudentum in und außerhalb Europas gelingen sollte, die Völker noch einmal in einen Weltkrieg zu stürzen, dann wird das Ergebnis nicht die Bolschewisierung der Erde und damit der Sieg des Judentums sein, sondern die Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa.“¹⁸⁾

Der Nationalsozialismus war die größte antikapitalistische Bewegung, die jemals zur Rettung des Kapitals mobilisiert wurde; der Staat, den diese Bewegung hervorbrachte, stellt die Vollendung des Antisemitismus dar: die fetischistische Aufhebung des Kapitals auf der Grundlage des Kapitals. Daraus resultiert seine Singularität ebenso wie seine auch für die Zukunft denkbare Vorbildfunktion zur Rettung des warenproduzierenden Systems. Durch die gewöhnliche kapitalistische Rationalität, die den Vernichtungslagern der Nazis aber von der Linken immer wieder unterstellt wird, gerät die eigentliche, die 'antikapitalistische' Funktion, die von den Nationalsozialisten der Vernichtung des Judentums zugeschrieben wurde, aus dem Blickfeld. Die Ausrottungslager waren keine entsetzliche Version einer kapitalistischen Fabrik, sie sollten, wie Moïse Postone schreibt, „eher als ihre groteske arische 'antikapitalistische' Negation gesehen werden. Auschwitz war eine Fabrik zur 'Vernichtung des Werts', d.h. zur Vernichtung der Personifizierung des Abstrakten. Sie hatte die Organisation eines teuflischen industriellen Prozesses mit dem Ziel, das Konkrete vom Abstrakten zu 'befreien'. Der erste Schritt dazu war die Entmenslichung, das heißt, die 'Maske' der Menschlichkeit wegzureißen und die Juden als das zu zeigen, was 'sie wirklich sind', Schatten, Ziffern, Abstraktionen. Der zweite Schritt war dann, diese Abstraktheit auszurotten, sie in Rauch zu verwandeln, jedoch auch zu versuchen, die letzten Reste des konkreten gegenständlichen 'Gebrauchswerts' abzuschöpfen: Kleider, Gold, Haare, Seife.“¹⁹⁾

- 1) Aristoteles: Politik, übersetzt und hg.v. Olof Gigon. 5. Aufl. München 1984. S. 63. Erstes Buch 1258b
2) Moses I. Finley: Die antike Wirtschaft. 3. Aufl. Mün-

chen 1993. S. 236

- 3) Jacques Le Goff: Wucherzins und Höllenqualen. Ökonomie und Religion im Mittelalter. Stuttgart 1988.
4) Jakob von Vitry: ad status 59. Zit. n. Jacques Le Goff: Wucherzins und Höllenqualen. Ökonomie und Religion im Mittelalter. Stuttgart 1988. S. 59
5) Thomas von Chobham: Summa confessorum. 11. Frage, 1. Kapitel. Hg.v. F. Broomfield. Löwen 1968. S. 505. Zit. n. Jacques Le Goff: Wucherzins und Höllenqualen. Ökonomie und Religion im Mittelalter. Stuttgart 1988. S. 40f.
6) Karl Marx: Ökonomische Manuskripte 1863-1867. Teil 2. Karl Marx/Friedrich Engels Gesamtausgabe (MEGA) Abt. II. Bd. 4. Berlin, Amsterdam 1992. S. 650. Die entsprechende Stelle findet sich in der von Engels hergestellten Ausgabe: Karl Marx: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Bd. 3. Hg.v. Friedrich Engels. Marx-Engels-Werke (MEW) Bd. 25. Berlin/DDR 1979. S. 611. Marx stützte sich hierbei u.a. auf Karl Dietrich Hüllmann: Staetewesen des Mittelalters. Bd. 1-4. Bonn 1826-1827.
7) Marx, Ökonomische Manuskripte 1863-1867, Teil 2, MEGA, Abt. II. Bd. 4, S. 648. Vgl. hierzu auch die MEW-Ausgabe, Bd. 25, S. 609
8) Ebd. S. 651
9) Marx, Ökonomische Manuskripte 1863-1867, Teil 2, MEGA, Abt. II, Bd. 4, S. 663. In der MEW-Ausgabe, a.a.O., findet sich die Stelle in Bd. 25, S. 622
10) Hans Tietze: Die Juden Wiens. Leipzig Wien 1933. S. 39
11) Ulrich Endenwitz: Antisemitismus und Volksstaat. Zur Pathologie kapitalistischer Krisenbewältigung. Freiburg 1991. S. 105
12) In Ländern wie England und Nordamerika, in denen die Bürger offenbar durch eine kontinuierliche, allen gemeinsame Kolonial-Front gegen die „Wildnis“ zu Subjekten des Staates geformt wurden, spielte dieser moderne Antisemitismus eine eher untergeordnete Rolle. Man spricht von einem 'gesunden Nationalbewußtsein' – und besonders, weil revolutionär ausgeprägt, glaubt man es bei den Franzosen zu finden. Doch sollte die Dreyfuß-Affäre nicht vergessen werden, um die Latenz des antisemitischen Affekts richtig zu beurteilen. In Rußland, das ein der Habsburgermonarchie vergleichbares 'nationales' Dilemma besaß, ist zum ersten Mal der moderne Antisemitismus praktisch geworden: der Staat selbst – gefährdet durch Nationalitätenkonflikte und revolutionäre Bewegungen – organisierte die Pogrome, um die Massen zu binden; er scheiterte wenig später auf spektakuläre Weise.
13) Endenwitz, Antisemitismus und Volksstaat, S. 104
14) Ebd. S. 112
15) Zit. n. Adolf Kessler: Die Juden in Österreich unter Kaiser Franz Joseph I. Diss. Wien 1932. S. 125
16) Adolf Hitler: Mein Kampf. 107.-111. Aufl. München 1934. S. 15
17) Endenwitz, Antisemitismus und Volksstaat, S. 143
18) Max Domarus: Hitler. Reden und Proklamationen. München 1962/63. Bd. 2. S. 1058
19) Moïse Postone: Nationalsozialismus und Antisemitismus. In: Kritik und Krise. Nr. 4/5 (1991) S. 6 ff; hier: S. 9

Schlagt die Bevölkerung, wo ihr sie trefft

ZU EINIGEN KURZSCHLÜSSEN DES ANTIFASCHISMUS

Polemik aus der »Jungen Welt« (Berlin, 19. 12. 1996)

von Franz Schandl

Schon wie er daherkommt, wirkt der Antifaschismus in all seinen Spielarten wie eine antiquierte Abwehrstrategie gesellschaftlicher Krisenerscheinungen. Er behindert die Analysen, er antwortet vorschnell, will alles im braunen Eck orten oder dorthin bugsieren. Wo die Bürgerlichen den Zusammenhang zwischen Faschismus und Kapitalismus schlichtweg leugnen, will der linke Antifaschismus oft geradewegs eine Identität konstruieren.

Martialische Deklarationen im Stile der zwanziger Jahre (Antifaschistische Aktion Berlin) oder gar die Aufforderung, den deutschen Pöbel, „das Pack“, mit Steinen zu traktieren (Jürgen Elsässer), helfen da nicht weiter. Laufend ersetzt dieser Antifaschismus die Argumentation durch die Denunziation, permanent bringt er *radikal* und *rabiat* durcheinander. Er sitzt dem ganzen Nazi-Popanz auf, verwechselt dessen Lautstärke mit dessen Stärke, zieht Schlüsse, die nur als Kurzschlüsse zu bezeichnen sind. In seiner Bewußtlosigkeit trägt er mehr zur braunen Ausstrahlung bei als zu deren Eindämmung.

Die nazistischen Übergriffe sollen nicht bagatellisiert, sie sollen aber auch nicht überdramatisiert werden. Die Liste der Anschläge ist lang, aber sie verdeutlichen Schwäche und Isolation einer schmalen Szene. Daß gerade ein militanter Antifaschismus permanent zu ihrer Aufwertung beiträgt, ist ein Treppenwitz der deutschen Geschichte. Wenn dann einige Beobachter aus dem Volk einem rechtsextremen Übergriff Beifall zollen, dann schnallt er ausschließlich „Völkische Beobachter“, sieht vor lauter Nazis so ziemlich überhaupt nichts mehr.

Sicherlich, eine Linke, die dem Volk prinzipiell gute Absichten unterstellt, es nur von Kapital, Politik und Medien verfolgt, gegängelt und malträtiert sieht, greift zu kurz. Ebenso aber auch die Umkehrung, die das Volk bloß völkisch zu interpretieren weiß, die in jedem ausländerfeindlichen und gemeinen Deutschen sofort den Faschisten ausmachen will: Pack eben, dem man kräftig in den Arsch treten soll.

Das sind Ohnmachtsphantasien, die sich hinter einer Rabulistik der Worte verstecken. Gefährlich ist dieses Pack nicht, weil es apriori

Pack ist, sondern weil das Pack die Verhältnisse nicht packt, sie nicht emanzipatorisch zu wenden versteht, sondern die Dummheit des hineingefressenen, realen Alltagstrots ideell verlängert. Das darf nicht verwundern, sehen wir uns die Lebens- und Arbeitsprozesse dieser Menschen an. Die Getretenen treten zurück, da sie aber – und dies sei unwidersprochen – in die falsche Richtung treten, ist in Elsässers Folgerung noch mehr auf sie einzutreten, anstatt ernsthaft die Bedingungen zu diskutieren, wie sie sich aus diesem fatalen Kreislauf lösen könnten. Dieser und die ihm zugrundeliegende Logik der Kapitalverwertung, müssen also zum fundamentalen Kritikpunkt werden, nicht die braunen Umtriebe.

Über die sogenannte „Kraft der Negation“ ist dieser Antifaschismus nicht einmal in Nuancen hinausgekommen. Sein reines *Anti*, das zu keinem *Pro* finden kann, ja vielleicht nicht einmal mehr finden will, somit durch und durch perspektivlos ist, muß selbst regressiv und aggressiv werden, nimmt es den eigenen Standpunkt ernst. Ist das Volk schon nicht zu lieben (so die alte K-Marotte), dann ist es gefälligst zu hassen: Schlagt die Bevölkerung, wo ihr sie trefft!

Im Extremfall würde eine solche Sichtweise wohl bezahlte Schlägerkommandos der Dresdner Bank zum Schutze ausländischer Billigarbeiter gegen aufgebrauchte deutsche Arbeitslose bejubeln, und nicht diese völlig falsche Front und ihre Mechanismen aufblättern. Anstatt die Irrwitzigkeit des Systems und seine Tendenz zu Scharmützel und Bürgerkrieg zu bekämpfen, mimte der durchgedrehte Linksradikalismus dann wahrscheinlich den Statthalter der zivilisierten Demokraten.

Der dumpfe Aufruf „Laßt uns hassen!“ ist also nicht nur beschränkt, sondern geradezu gemeingefährlich. Haß ist eine Kategorie der Blindheit, er ist nicht Voraussetzung von bewußtem Handeln, sondern geradezu die Aussetzung von bewußtem Denken. Er ist stets das unbegriffene Etwas. Der Haß kann nur ein Ferment der Praxis sein, niemals die Bedingung entsprechenden Handelns. So ist dieser Antifaschismus von dem, was er negiert, mehr angekränkt und angetan, als er glaubt. Die Nazis sind ihm schlichtweg der Fixstern des

Engagements. Seine Aktivität hängt an ihnen. Was würde er wohl tun, würde man ihm die Faschisten nehmen? Gewiß würde er welche finden, notfalls auch erfinden.

Auffällig ist auch: Bei den Faschisten wie bei den Antideutschen ist der Deutsche immer etwas ganz Besonderes. Bejubelt oder verabscheut, er ist wahrlich ein exklusives Exponat. Beiden Auffassungen gemeinsam ist ein fanatisierter Blick auf das, was da als Deutscher so herumläuft. Gewiß, der gemeine Deutsche ist unerträglich, besonders dann, wenn er im Rudel auftritt. Aber, was sagt das schon?

Ein schematischer Dualismus von *gut* und *böse* ist geradezu Inbegriff dieses Denkens. Oft verkehrt man bloß die Muster, verändert das Vorzeichen, schon scheint man richtig zu liegen. Motto: Zeig mir, wer deine Feinde sind, schon weiß ich meine Freunde! Daraus folgen dann auch diverse Kapriolen der Bündnispolitik.

Wer in den Faschisten eine Hauptgefahr wahrnimmt, kann die wirklichen Elementarprozesse des demokratischen Auseinanderbrechens und der barbaristischen Zersetzung bürgerlicher Formprinzipien nicht mehr richtig deuten und bewerten. Somit die wirklichen Gefahren, die von der Mitte der Gesellschaft ausgehen, demnach gerade von Marktwirtschaft und Freiheit, Geld und Demokratie herrühren, nicht mehr adäquat erfassen. Das alles ist grauslich, hat aber mit Faschismus nichts zu tun.

Die Frage ist also nicht, ob dieser oder jener Antifaschismus besser taugt, sondern ob der Antifaschismus überhaupt als Strategie eine Perspektive hat. In einer emanzipatorischen Praxis kann der Antifaschismus heute bloß von untergeordneter Bedeutung sein. Mit ihm ist der Kampf gegen die rechten Bedrohungen in keiner Weise wesensmäßig erfaßt. Er zentriert falsch. Der Antifaschismus hat gegenwärtig noch etwas mehr Stellenwert als der Antiklerikalismus oder der Antimonarchismus. Diese und jener haben ihre Meriten. Zweifellos. Damit hat es sich aber schon. Wer daraus Kraft schöpfen will, wird sich alsbald erschöpfen.

Streifzüge

Medieninhaber: Kritischer Kreis – Verein für gesellschaftliche Transformationskunde, Margaretenstraße 71-73/23, A-1050 Wien **Herausgeberin:** Context – Initiative für freie Studien und brauchbare Information, A-1140 Wien **Redaktion:** Franz Schandl, Gerold Wallner und Robert Zöchling **Produktion:** Robert Zöchling **Herstellerin:** Infrastruktur, Gumpendorfer Straße 157/11, A-1060 Wien, Telefon: 596 80 78, Fax: 596 80 78-4

Eine kritische Anmerkung zu Franz Schandls Polemik gegen den Antifaschismus

von Gerhard Scheit

I

Im Falle Jörg Haider gelang Franz Schandl vor kurzem eine beeindruckende und erhellende Auseinandersetzung, in der das Moderne, Neue an Haider Politik herausgearbeitet und von den alten Formen des Faschismus und Nationalsozialismus abgehoben wurde. Die Kritik des Antifaschismus, die Schandl in der *Jungen Welt* formulierte (*Schlagt die Bevölkerung, wo ihr sie trifft*; 19.12.1996 – hier auf Seite 8 wiedergegeben) bleibt jedoch abstrakt – vermutlich aus Gründen der Polemik. Hinter der polemischen Absicht sehe ich viele Fragen, die durch vor-schnelle Antworten wieder verdeckt werden.

II

Es gibt zwei bevorzugte Arten, auf eine Veränderung zu reagieren – die einen sagen: nichts habe sich geändert, die andern sagen: alles. In der Frage Antifaschismus gehört Franz Schandl offenkundig zu den letzteren: Antifaschismus sei überholt, da die „wirklichen Gefahren von der Mitte“ ausgehen – von „Marktwirtschaft, Geld und Demokratie herrühren“ – und Schandl meint die „barbarische Zersetzung bürgerlicher Formprinzipien, die „Irrwitzigkeit eines Systems“, das zu „Scharmützel und Bürgerkrieg“ tendiert. Anstatt dieses System zu bekämpfen, „mimte der durchgedrehte Linksradikalismus dann wahrscheinlich den Statthalter der zivilisierten Demokratie.“

Wenn die Gefahr von der Mitte ausgeht – wo geht sie hin? Oder anders gefragt, was heißt Mitte? Haben wir es wirklich mit einer veränderten Situation zu tun – und ich denke auch, daß es so ist – dann stehen auch Kategorien wie Mitte, Rechts und Links – und also auch Faschismus/Antifaschismus zur Diskussion – und es sollte sich ihrer Fragwürdigkeit bewußt sein, wer sie verwendet. Also, wo geht sie hin, die Gefahr, die von der Mitte ausgeht? Sie geht hin und schlägt z.B. Ausländer tot oder zündet deren Häuser an. Man nennt diese bewegliche, aktive Mitte immer noch gerne nach alter Weise Rechtsradikalismus oder Rechtsextremismus – aber besser wäre es von *nationalem Extremismus* zu sprechen oder einfach wie ohnehin üblich von Neonazis: denn solche Bezeichnungen können jenseits des Links-Rechts-Schematismus geortet werden, jenes Schematismus, der – als Sitzordnung des Parlaments – nun wirklich der

Inbegriff dessen ist, was Franz Schandl als „Politizismus“ kritisiert. Auch der Begriff des Antifaschismus verliert damit seinen Sinn. Wer sich heute gegen die nationalen Extremisten wendet, kann sich auch nicht mehr ungebrochen auf die patriotische Tradition des historischen Widerstands gegen den Nationalsozialismus berufen.

III

Wenn Franz Schandl nun meint, der „Rechtsradikalismus“ werde von den „linksradikalen“ „Antifaschisten“ „überdramatisiert“ – dann verharmlöst er eigentlich (und ohne es zu wollen) auch das, was er als Mitte bezeichnet. Er verharmlöst diese Mitte nicht nur unter dem Gesichtspunkt, was sie in der Gestalt von sogenannten Rechtsradikalen heute bereits anrichtet, sondern auch unter dem, was sie in dieser Gestalt morgen sein kann. Er spricht von einer schwachen, isolierten und schmalen Szene. Ich weiß nicht, ob diese Szene heute in den Herzen (in der Mitte!) vieler (wievieler?) Deutscher und Österreicher wirklich isoliert ist. Aber jedenfalls sollte doch die Möglichkeit offen gehalten werden, daß die Szene sich verbreitert, sobald nämlich jener Bürgerkrieg und jene Scharmützel, zu denen das System – wie wir wissen – tendiert, hierzulande akut geworden sind.

Bei der Polemik gegen den Antifaschismus entsteht aber fast der Eindruck, daß Franz Schandl in der schmalen schwachen Szene einen potentiellen Bündnispartner im Kampf gegen das System – gegen die Mitte! – zu erkennen meint: „sehen wir uns die Lebens- und Arbeitsprozesse dieser Menschen an. Die Getretenen treten zurück, da sie aber – und dies sei unwidersprochen – in die falsche Richtung treten,“ wäre „ernsthaft über die Bedingungen zu diskutieren, wie sie sich aus diesem fatalen Kreislauf lösen könnten.“ Die wichtigste Frage wäre aber hier, warum sie in die falsche Richtung treten, und warum ausgerechnet immer nur in diese? Der Antisemitismus oder Rassismus als 'Sozialismus des dummen Kerls' – das ist ein dummer Spruch aus der Arbeiterbewegung, der immer die Erkenntnis verhindert hat, wie tief Nationalismus, Rassismus und Antisemitismus als Fetischformen der Moderne sich ein-graben ins Bewußtsein und Unterbewußtsein der Staatsbürger und Marktsubjekte – tiefer als die 'Aufklärung' übers System gewöhnlich

reicht; und es gibt einen Punkt, wo nur noch sofortige Notwehr hilft. Wer an diesem Punkt weiterhin über die Bedingungen diskutiert, wie sich die getretenen Neonazis aus dem fatalen Kreislauf lösen können, ist selbst schon im Kreislauf gefangen.

IV

Zur Anregung der Phantasie oder des Möglichkeitsdenkens empfehle ich, die letzten Jahre Jugoslawiens sich vor Augen zu führen – und gleichzeitig zu bedenken, daß das abstrakte System im Konkreten ganz verschiedene Zerfallstendenzen entwickelt. Gerade hier kommen offenkundig gewisse Kontinuitäten zum Tragen, die man aus der österreichischen und deutschen Geschichte gut kennt. Handelt es sich heute auch um eine geänderte Situation – etwa gegenüber der Weltwirtschaftskrise von 1930 – solche Kontinuitäten sind nicht unbedingt beseitigt, bloß verschoben oder anders gelagert; ähnlich wie es ja auch Verbindungslinien zwischen preußischem Nationalismus des 19. Jahrhunderts und Nationalsozialismus des 20. gibt, ohne daß darum Wilhelm I. mit Hitler gleichgesetzt werden könnte oder die Entwicklung von dem einen zum andern eine kontinuierliche Entwicklung auf gerader Linie darstellt. Mit solchen Kontinuitäten zwischen den Nazis von gestern und denen von morgen, wie immer sie bezeichnet werden, wäre zu rechnen. Immerhin bewegen wir uns in Deutschland und Österreich auf einem Terrain (und ich meine damit nicht den Ort oder ein 'Volk', sondern ein bestimmtes historisches Staatsverhältnis), auf dem schon einmal die größte antikapitalistische Bewegung zur Rettung des Kapitals mobilisiert worden ist und die fetischistische Aufhebung des Kapitals auf der Grundlage des Kapitals in Szene ging (siehe dazu meine in dieser Nummer abgedruckten Bruchstücke zur politischen Ökonomie des Antisemitismus).

Gewiß, ein Drittes Reich wird zu diesem Zweck kaum mehr errichtet werden können (dazu hat die Weltwirtschaftskrise zu sehr ihren Verlauf geändert), doch eine Art Jugoslawischer Weg wäre auch in Österreich und Deutschland denkbar – eine Art eben nur, denn auf Grund der gewissen Kontinuitäten, die durch die Nachfolgestaaten des Dritten Reichs konserviert wurden, könnte dieser Weg sich von dem, was in

Jugoslawien geschah, unterscheiden – sagen wir: wie der Nationalsozialismus vom italienischen Faschismus. Natürlich: jeder Vergleich hinkt, die Frage ist nur: wohin? Drum: Schlagt die Bevölkerung, wo ihr solche Kontinuitäten seht. Vielleicht können wir uns darauf einigen?

V

Maria Wölflingseder hat gegen meine Notwehr-Argumentation eingewandt, daß ich offensichtlich Unterschiede mache zwischen den verschiedenen Opfern des Systems – Unterschiede etwa zwischen den von Neonazis erschlagenen Ausländern und den Drogentoten der Metropolen oder den Hungertoten der 'Dritten Welt'. Sie hat damit die Aufmerksamkeit auf eine wesentliche Frage gelenkt – die weitere Fragen nach sich zieht. Es ist für mich geradezu unabdingbar, an solchen Unterschieden zwischen den 'Unmenschlichkeiten' festzuhalten, um nicht im Namen des Allgemein-Menschlichen alle Begriffe an ein 'Allgemein-Unmenschliches' zu verlieren. Das wirkliche Allgemeine aber, das ihnen allen zu Grunde liegt – die warenproduzierende Moderne und ihre Realabstraktionen –, sollte dabei umso kenntlicher hervortreten.

Es macht einen Unterschied, ob jemand erschlagen wird oder als Drogentoter stirbt oder an den sinkenden Weltmarktpreisen verhungert – und ich meine damit nicht einfach unterschiedlich lange Kausalketten, die zu diesen Resultaten führen, sondern grundsätzlich verschiedene Kausalketten. Das heißt freilich nicht, daß ein Vorgang *an sich* wichtiger, bedeutender wäre als der andere – er kann es aber durchaus in einem bestimmten Kontext sein; und das heißt ebensowenig, daß sie voneinander isoliert werden können – sie hängen vielmehr zusammen, und diesen Zusammenhang gilt es immer wieder herauszuarbeiten und gegen jene zu wenden, die den Nationalsozialismus/Rechtsextremismus vollkommen isoliert betrachten (um auf diesem Gebiet ungestört ihre akademische oder publizistische Existenz zu fristen).

Stehen die Vorgänge auch in Zusammenhang, so sind sie dennoch keineswegs identisch zu machen. Aber diese Frage berührt grundsätzlich, 'philosophische' Probleme der Wertkritik: Negiert man einfach den Subjektbegriff, dann exekutieren auch Neonazis nur das Wertgesetz, und das, was sie tun, unterscheidet sich nicht von dem, was z.B. die Weltmarktpreise tun: sie sind vollkommen unschuldig, sie sind gleichsam nur die Haut des Systems.

Die Unterscheidung zwischen dem Mord an einem Ausländer aus rassistischen Motiven und dem Hungertod eines durch Weltmarktpreise Verelendeten, wie sie hier jedoch ins Auge gefaßt wird, läßt sich vermutlich nur von einem bestimmten Standpunkt aus vornehmen:

vom Standpunkt dessen, der fragt, was in dem einen und in dem anderen Fall getan werden kann oder getan werden soll. Nur wenn jedes Handeln sinnlos geworden ist, läßt sich sozusagen praktizieren, daß es keine Unterschiede mehr zwischen den „Unmenschlichkeiten“ gibt. Doch dies ist letztlich eine imaginäre Einstellung, die nur in der Theorie eingenommen werden kann. Denn selbst der, der nur mehr darauf wartet, daß das „Werkel“ des Wertgesetzes sich von alleine totläuft, selbst der fährt vielleicht einmal in der U-Bahn und neben ihm wird ein Schwarzer überfallen, und er kann sich also fragen: Was tun? – und die 'Antwort', daß die „Unmenschlichkeiten“ allesamt gleich bedeutend seien, ist in diesem Moment ihrerseits völlig sinnlos.

Im Grunde ist die Spannung zwischen 'Moral' und 'Erkenntnis' nicht aufzuheben. Die Moralisten, die alle Notwendigkeiten in moralische Fragen auflösen, und die Zyniker, die alle moralischen Fragen in den Heiligenschein von Notwendigkeiten auflösen – sie bilden eine falsche Alternative. Es bleibt in Wahrheit nur der Versuch – beim Schreiben wie beim Leben, diesem Spannungsverhältnis sich auszusetzen, und es nicht nach einer Seite hin zu verlassen. Schon seit einiger Zeit aber erschöpft sich die öffentliche Diskussion darin, diese Dialektik zur Posse zu machen: Gutmenschen empören sich über Schlechtmenschen, und Schlechtmenschen spotten über Gutmenschen. An dieser Posse wenigstens möchte ich mich nicht beteiligen. ■

Beispiele linker Mythen

AN HAND GÄNGIGER ANTIFASCHISTISCHER PRAXIS

von Maria Wölflingseder

Gerhard Scheit schreibt, er hätte bezüglich des Artikels „Schlagt die Bevölkerung, wo ihr sie trefft“ größere Differenzen mit Schandl als sonst. Er schreibt u. a. von *Verharmlosung* (der Mitte) und von sofortiger *Notwehr*.

Ich kann nicht nachvollziehen, warum bei ihm dieser Artikel anders ankommt als die anderen Schandl-Arbeiten. Es kann nur heißen, daß er an dieses Thema anders herangeht als an andere. Schandl geht ja an alle Themen in mehr oder weniger derselben Weise heran.

Viele LeserInnen haben bei Schandls Artikel aber *immer* das Problem, das Scheit nur bei diesem Artikel hat: „Verharmlosend, rechtfertigend, abgehoben, nihilistisch und daher zynisch und präpotent“, lautet die Kritik. Weil: „Was hilft die beste Analyse, oder endloses Theoretisieren, wenn die Menschen krepieren, ihnen der letzte Groschen genommen wird, sie weit entfernt jeglicher Menschenwürde ihr Dasein fristen, oder eben, wenn sie von Nazis verfolgt oder totgeschlagen werden?“

Daran wird unter anderem einmal mehr auch die Kluft zwischen sogenannten TheoretikerInnen und PraktikerInnen offenbar. Dieses alte Leiden der Linken betrifft zwar alle gesellschaftlichen Bereiche, aber aktuell wird es am Beispiel Antifaschismus und Antirassismus besonders deutlich.

Rassistische versus andere Unmenschlichkeiten

Scheits Beitrag zeugt – wie in antifaschistischen Zusammenhängen meist Usus – von einem „qualitativen“ Unterschied zwischen rassistisch

und anders bedingten Unmenschlichkeiten. Sind nicht alle Unmenschlichkeiten gleich bedeutend – egal ob getötete „AusländerInnen“, drogentote Jugendliche, unter dem Existenzminimum vegetierende Familien, vergessene, dahinsiechende Alte oder all die täglich Verreckenden oder lebendig Toten in der sogenannten Dritten Welt und und und? Warum soll ein Verfolgter oder ein Toter mehr bedeuten als ein anderer – zumal die Anzahl derer, die durch die heute ganz alltäglichen quasi-natürlichen Folgen der herrschenden Verhältnisse zu Leid und Tod kommen, ungleich höher ist, als durch andere Ursachen? (Mir kann ja im Alltag nicht nur ein Schwarzer, der geschlagen wird, begegnen, sondern auch Menschen, die aus anderen Gründen in Bedrängnis oder Lebensgefahr sind; vgl. Scheit).

Der historische Faschismus ist eine (ganz spezifische) Angelegenheit, die schon aufgrund des Holocaust, also der Art und der Anzahl derer, die ermordet wurden, etwas Einzigartiges darstellt. Heutiger „Faschismus“ ähnelt den historischen Verbrechen wohl nur in einigen Aspekten. Daß Rassismus und Antisemitismus genauso wie Sexismus als ganz spezifische Ausformungen der Verfaßtheit unseres gesellschaftlichen Systems betrachtet werden müssen, ist klar. Eben diesen Gesamtzusammenhang verlieren aber viele neben ihrer „antirassistischen Praxis“. Bereichsspezifische Beschränktheit wird zum Programm gemacht. Der gesellschaftlichen Totalität, die sich *unter anderem* rassistisch äußert, wird ausgewichen, um sich der *partikularen* Barbarei hinzuwenden und für die totale erklärt sich niemand

mehr zuständig. Dadurch wird auch mitgeholfen, die gesellschaftlichen Zusammenhänge als undurchschaubar zu betrachten. (Vgl. Justus Wertmüller in »Bahamas« 21/1996, S. 7)

Allumfassende Theoriefeindlichkeit

Hintergründe und Ursachen von Faschismus und Rassismus einer eingehenden Analyse zu unterziehen ist die große Ausnahme – im Kreise von antifaschistischen PraktikerInnen sowieso, aber auch von etablierten wie linken WissenschaftlerInnen. Beiträge wie beispielsweise der von Stephan Grigat „Ökonomie der 'Endlösung'? Antisemitismustheorie zwischen Funktionalismus und Wertkritik“ in »Weg und Ziel« 1/1997 gehören mit den darin angeführten Beispielen, oder auch dem in diesen **Streifzügen** abgedruckten Referat von Gerhard Scheit, zur Minderheit wissenschaftlicher Aufarbeitung dieses Themas. Ein Großteil aller Beschäftigung mit Antifaschismus erfolgt durch das Sammeln und Publizieren antifaschistischer Biographien. Diese wissenschaftlich verbrämte „Alltagsgeschichte“ stellt eine äußerst verkürzte Sicht dar, die zwar dem allzumenschlichen Bedürfnis nach „Unvergessenheit“ entspricht, jedoch keinerlei Analyse- und Erklärungsgehalt beinhaltet und somit auch einer Auseinandersetzung mit Gegenwart und Zukunft nicht dienlich sein kann.

Vieles verleitet also zur ketzerischen Frage: Warum blicken viele (junge) Linke in *mystifizierender* Weise nur auf den (historischen) Faschismus (der Grund der jahrzehntelangen Verdrängung ist unbestritten ein triftiger, rechtfertigt aber keinen Mythizismus) und messen gleichzeitig den weiterreichenden aktuellen Verfaßtheiten – die Rassismus bedingen – wenig Deutung bei.

Diese Frage schließt an zwei weitere an, die

mich seit langem beschäftigen:

1. Warum befassen sich so viele WissenschaftlerInnen vorzugsweise mit „rein“ historischen Themen, und so wenige mit aktuellen bzw. zukünftigen – klarerweise darf dabei geschichtliches Analysieren in keiner Weise vernachlässigt werden?

2. Warum beschäftigen sich so viele mit dem historischen Faschismus, und nur sehr, sehr wenige – und die erst seit kurzer Zeit – mit der esoterischen *Massenbewegung*, in der – wie in der historischen Esoterik-Bewegung der Weimarer Republik – biologistische und rassistische Ideologien vertreten werden?

„Dann geh' halt 'rüber“ von links

Nochmals zurück zum leidigen Thema Kluft zwischen den sogenannten TheoretikerInnen und PraktikerInnen. Wie Gerhard Scheit schreibt, ist die Spannung zwischen „Moral“ und „Erkenntnis“ – in unserem gesellschaftlichen System – nicht aufzuheben. Die PraktikerInnen können jedoch die Beschränktheit jeglicher Hilfe für Benachteiligte, jeglicher politischer Maßnahmen zur Erlangung von mehr Gerechtigkeit erkennen. Sie werden nie zu wirklicher Gerechtigkeit und Menschlichkeit führen, weil unser aktuelles Gesellschaftssystem Ausbeutung von Mensch und Natur ständig reproduziert. Dies ist die logische Folge des Wertverhältnisses und kann weder mit „neuer Weltethik“ noch mit politischem Kampf aus der Welt geschafft werden.

Paulo Freires eindeutige Worte dazu: Die Einheit von Theorie und Praxis kann nur eine „widerspruchsvolle und dialektische“ sein, und eine der „gespannten Beziehung zwischen Geduld und Ungeduld“. „Verschiebt sich das Verhältnis zwischen Geduld und Ungeduld

zugunsten der Ungeduld, verfallen wir in einen Aktionismus, der vergißt, daß es eine Geschichte gibt. Wir meinen, dialektisch zu denken und zu handeln, revolutionär zu sein; in Wirklichkeit erliegen wir einem subjektiven Idealismus, wir verbringen die Zeit, um Pläne, Programme, Projekte zu entwerfen, eine Wirklichkeit aufzuspielen, die nur in unseren 'revolutionären' Köpfen existiert. Sie hat nichts mit der Wirklichkeit zu tun; sie ist außerhalb von ihr.“

Der Überschätzung von subjektiven Möglichkeiten – á la „wenn nur alle wollen täten, kämen wir schon zu annehmbaren Verhältnissen“ – muß eine radikale Absage erteilt werden: „Wer ändern will, kann es wahrscheinlich überhaupt nur, indem er seine Ohnmacht – gegenüber der überwältigenden Kraft des Bestehenden – zu einem Moment dessen macht, was er denkt und vielleicht auch, was er tut.“ (Adorno)

Last not least: Früher war es Kennzeichen der Reaktionäre auf unsere Kritik mit einem hämischen „dann geh' halt 'rüber“ zu kontern, heute ereifern sich Linke oder sich als kritisch verstehende über unsere praktische Persepektivlosigkeit. Manche bezeichnen es sogar als faschistisch, wenn die Verhältnisse analysiert, aber keine konkreten Handlungsvorschläge gemacht werden. Ihnen sei mit Horkheimer geantwortet: „Wir können die Übel bezeichnen, aber nicht das absolut Richtige.“

P.S. Joachim Bruhn von »Kritik und Krise« am »Krisis«-Seminar (7. – 9. 3. 1997 in Göhrde):

• Was soll die Rede von „Es wird immer schlimmer? ...“ Nach dem Faschismus gibt es nichts Schlimmeres mehr.

• Bruhns grundsätzliche Kritik am Feminismus: Er sei antisemitisch! ■

Wenn Sie an einem weiteren Bezug der

Streifzüge

interessiert sind, machen Sie bitte von
beiliegendem

Zahlschein

zweckentsprechenden Gebrauch!

(Einzahlungen ab 100,– öS gelten
als Abo-Zahlung für 1 Jahr)

11 Thesen zur Wohnungsfrage

von Günter Schneider

1.

Die Wohnung ist eine Ware. Der Warencharakter des Bodens legt den Warencharakter der Wohnung fest. Die Vermietung der Wohnung stellt ein ganz gewöhnliches Warengeschäft dar. Dieses richtet sich nach den ökonomischen Gesetzen des Warenverkaufes überhaupt, nach den Marktbedingungen, dem Verhältnis von Angebot und Nachfrage.

2.

Die zwei Parteien, die dieses Geschäft abwickeln, sind der Mieter und der Vermieter bzw. Hauseigentümer. Der Mieter kauft den zeitweiligen Gebrauch einer Wohnung des Vermieters. Der Vermieter verkauft den von ihm erzeugten Wert der Wohnung.

3.

Der Preis für die Ware Wohnung ist der Mietzins. Dieser setzt sich zusammen aus einem Anteil Grundrente, einem Anteil Zins auf das Baukapital einschließlich des Profits für den Bauunternehmer, einem Anteil für Reparatur-, Leerstellungs- oder Mietausfallskosten und einem Anteil, der das Baukapital inkl. Profit in jährlichen Ratenzahlungen abträgt (amortisiert), im Verhältnis wie das Haus allmählich verschleißt.

4.

Die Grundrente ist der Wertaufschlag des Grundstücks, den es im Laufe der Jahre ohne Zutun des Grundeigentümers erfährt (Kapital

– Profit, Grundeigentum – Grundrente). Die Grundrente hat im Gegensatz zur Profitrate eine Tendenz zum Steigen.

5.

Durch den Warencharakter des Bodens steht der Wohnungsbau bzw. die Vermietung auf dem Markt in Konkurrenz zu anderen profitablen Nutzungen, etwa dem Bau von Büros, Geschäftslokalen, Betrieben und sonstigen Einrichtungen. Danach richtet sich auch der Preis bzw. die Miete.

6.

Ab den Mieterschutzverordnungen 1917, die aufgrund von drohenden Mieterrevolten während des 1. Weltkrieges erlassen wurden, wurde der Wohnungsmarkt in Österreich durch das Mietengesetz (ab 1922) mehr oder weniger restriktiv geregelt. Auf der anderen Seite stellte die öffentliche Hand (Gemeinden) billigen Wohnraum durch den sozialen Wohnbau zur Verfügung. Für das private Kapital war es dadurch wenig lukrativ, in den Wohnungsbau zu investieren.

7.

Trotz der Aufhebung der Mietzinsobergrenzen (Friedenskronenzins) durch die ÖVP-Alleinregierung ab Jänner 1968 kam es zu keinem drastischen Anstieg der Wohnpreise in Österreich. Erst Mitte der 80er Jahre wurde der Immobiliensektor für die Anleger interessant.

8.

Ein Boom von Hausverkäufen und damit der Wechsel von Althausbesitzern zu Verwertungsgesellschaften hob die Bodenpreise derart an, daß auch die Mieten, verbunden mit einer meist billigen Sanierung der Wohnungen, rasant anstiegen. Die Ostöffnung, der vermehrte Zuzug von Ausländern (Krieg in Jugoslawien), die Expo-Diskussion, die EU-Integration und die Aufwertung innerstädtischer Gebiete durch Stadterneuerung, U-Bahnbau und städtische Umstrukturierung (Wohnraum in Büros und Geschäftsflächen) halfen diesen Prozeß zu beschleunigen.

9.

Im Eilzugtempo wurde einer der letzten noch geschützten Bereiche der Wirtschaft der Vermarktung in der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Logik des Kapitalismus zugeführt, die Preise und Mieten dem internationalen Niveau angepaßt. Die Politik stand dieser Entwicklung hilflos gegenüber (vgl. Verstaatlichte Industrie).

10.

Ab dem Beginn der 90er Jahre war es erstmals seit der Gründerzeit für das private Kapital in größerem Ausmaß interessant, Wohnungen ohne Zuhilfenahme öffentlicher Mittel zu errichten und auch zu verkaufen oder zu vermieten. Das Mietenniveau vor allem im Althausbereich, aber auch abgeschwächt bei den Gemeinnützigen (Bodenpreise, Baukosten, Kreditkosten) hat sich dem Markt angeglichen.

11.

Lösungsmöglichkeiten: Aufhebung der kapitalistischen Produktionsweise, Aufhebung von Stadt und Land, Verteilung des ohnehin genügend vorhandenen Wohnraums. ■

Wenn Sie an einem weiteren Bezug der
Streifzüge
interessiert sind, machen Sie bitte von beiliegendem
Zahlschein
zweckentsprechenden Gebrauch!
(Einzahlungen ab 100,– öS gelten als Abo-Zahlung für 1 Jahr)

12 Thesen zur Europäischen Währungsunion (EWU)

von Norbert Trenkle und Ernst Lohoff

Die nachfolgenden Thesen verstehen sich als Leitfaden durch die Studie „Perspektiven und Konsequenzen der Europäischen Währungsunion“ von Norbert Trenkle und Ernst Lohoff (Institut für kritische Gesellschaftstheorie) erstellt im Auftrag der PDS-Bundestagsgruppe

1.

Die Befürworter der EWU stellen diese als den logischen und unvermeidbaren Schritt auf dem Weg einer fortschreitenden ökonomischen und politischen Integration Europas dar. Tatsächlich beseitigt die Einheitswährung aber nur das letzte große Hindernis für eine grenzübergreifende Organisation der großen Unternehmen und Konzerne: das Wechselkursrisiko. Doch den möglichen partikularen, betriebswirtschaftlichen Produktivitätsgewinnen stehen enorme ökonomische, soziale und ökologische Verwerfungen in ganz Europa gegenüber. Das EWU-Projekt steht insofern für die bedingungs- und rücksichtslose Zurichtung der Gesellschaft auf die einzelbetrieblichen Verwertungsbedürfnisse und ist darin als Teil der weltweiten neoliberalen und markt-fundamentalistischen Offensive zu begreifen.

2.

Das bisherige Europäische Währungssystem (EWS) ist durch die Dominanz der D-Mark geprägt. Alle EU-Staaten sind dazu gezwungen, den Kurs ihrer Währungen gegenüber der inoffiziellen Ankerwährung D-Mark stabil zu halten und müssen sich daher der Geldpolitik der Bundesbank unterwerfen. Der Grund hierfür ist die enorme Abhängigkeit aller Staaten vom transnationalen Kredit- und Geldkapital. Jede Abwertung einer europäischen Landeswährung gegenüber der D-Mark führt zur Kapitalflucht aus dem betreffenden Land und treibt die Zinsen nach oben. Die EWU soll diese Asymmetrie beseitigen, indem sie die Geldpolitik auf gesamteuropäische Ebene verlagert. Doch sie produziert damit nur neue Widersprüche und Krisenpotentiale, die katastrophale Auswirkungen für ganz Europa haben werden.

3.

Die Einführung des Euro wird den Konkurrenz-

druck innerhalb Europas enorm erhöhen, weil die Währungen als Puffer zwischen den unterschiedlichen nationalen Produktivitätsniveaus entfallen. Die industriellen und wirtschaftlichen Strukturen der weniger wettbewerbsfähigen Regionen (und das ist der größere Teil Europas) werden dabei unter die Räder kommen (wie im Fall der deutschen Wiedervereinigung). Nur wenige Regionen („Produktivitätspole“), kleine Teile der Bevölkerung und einige weltmarktorientierte Unternehmen werden davon profitieren. Das Resultat wird die enorme Verschärfung der regionalen und sozialen Diskrepanzen und die endgültige Zerstörung der nationalökonomischen und nationalstaatlichen Kohärenz sein. Die EU und die Nationalstaaten werden nicht willens und auch nicht in der Lage sein, diese Diskrepanzen über Umverteilungsmaßnahmen und Transferleistungen auch nur annähernd auszugleichen. Im Gegenteil: Der verschärfte Standortwettbewerb wird ein allseitiges Lohn-, Sozial-, Öko- und Steuerdumping auslösen.

4.

Die Konvergenzkriterien, die über die Teilnahme an der EWU entscheiden, fragen nicht nach der realwirtschaftlichen und sozialen Homogenität der europäischen Länder. Eine solche Homogenität existiert nicht. Die ausschließliche Orientierung an geld- und fiskalpolitischen Eckdaten (Inflationsraten, Staatsverschuldung, Zinsraten, Wechselkursstabilität) ist aber keine bloße Willkür. In ihr drückt sich die Abhängigkeit der Realwirtschaft und der Regierungen von den internationalen Finanzmärkten aus. Die Konvergenzkriterien sollen zukünftige geldpolitische Stabilität simulieren, um so den europäischen Währungsraum für die Anleger von Geld- und Kreditkapital attraktiv zu machen. Diese Stabilitätssimulation droht nun zu scheitern, weil kein Land außer Luxemburg alle Konvergenzkriterien erfüllen kann.

5.

Werden einzelne Länder aus der Währungsunion ausgeschlossen, dann führt dies zu einer tiefen politischen und ökonomischen Spaltung der EU. Die Diskrepanzen zwischen „Ins“ und „Outs“ werden sich immer weiter verschärfen. Denn

erstens werden die Währungen der „Outs“ unter einen enormen Abwertungsdruck geraten. Die Folgen: ständig drohende Kapitalflucht und hohe Zinsen, die die Wirtschaft abwürgen. Und zweitens wird die Währungsspaltung gewachsene wirtschaftliche Verflechtungen (z.B. zwischen Deutschland und Italien) schwer beschädigen.

6.

Die EWU wird zu einer starken Erhöhung der Staatsverschuldung in allen beteiligten Ländern beitragen, denn die wachsende regionale und soziale Polarisierung und der Standortwettbewerb erhöhen den Druck auf die öffentlichen Kassen enorm (Subventionen für notleidende Unternehmen, selektiver Infrastrukturausbau, gewisse soziale und regionale Ausgleichsleistungen etc.). Ein Anreiz für Defizitsteigerungen ist auch, daß die Einzelstaaten die monetären Negativeffekte auf die Gesamtheit der EWU-Teilnehmer abwälzen können. Denn höhere Zinsen und inflationäre Tendenzen infolge der Staatsverschuldung treffen alle Länder, in denen der Euro offizielle Währung ist. Dies wird ständige zwischenstaatliche Konflikte schüren, die, wenn sie sich zuspitzen, zum Auseinanderbrechen nicht nur der EWU, sondern auch der EU führen können.

7.

Der sogenannte „Stabilitätspakt“ stellt demgegenüber keinen Ausweg dar. Denn er bedeutet die bedingungslose Unterwerfung unter die Bewegungen des Marktes. Und neoliberale Spar-konzepte bringen allenfalls kurzfristige und rein oberflächliche „Erfolge“ auf der Ebene volkswirtschaftlicher Indikatoren, zehren aber letztlich die wirtschaftliche, soziale und ökologische Substanz eines Landes auf und verschärfen damit die Probleme noch.

8.

Die Europäische Zentralbank (EZB) wird ihre Rolle als strikte Hüterin der Geldwertstabilität des Euro nicht dauerhaft spielen können. Erstens wird sie angesichts der wachsenden Staatsverschuldung ihre Geldpolitik teilweise lockern müssen, um die Zinsen zu senken. Dies wird inflationäre Tendenzen freisetzen. Zweitens ist die

EZB nicht für den wichtigen Bereich der Wechselkurspolitik zuständig. Darüber entscheidet der Rat der Wirtschafts- und Finanzminister (ECOFIN), wo ganz unterschiedliche nationale Interessen bezüglich der Höhe des Euro-Außenwerts aufeinanderprallen werden. *Damit sind eine Inflationierung und ständige Wechselkursschwankungen des Euro sowie regelmäßige Spekulationswellen gegen ihn vorprogrammiert.*

9.

Das Erbe der D-Mark wird sich als Fluch für den Euro erweisen. Denn die scheinbare Stärke der D-Mark spiegelt nicht so sehr eine realwirtschaftliche Überlegenheit Deutschlands am Weltmarkt wider. Sie beruht wesentlich auf der privilegierten Position der BRD als internationaler Schuldner (besondere Bonität an den Finanzmärkten trotz gewaltiger Verschuldung) und der Funktion der D-Mark als wichtiger Anlagewährung. Das heißt: Der hohe Kurs der D-Mark ist die Folge einer starken Nachfrage nach DM-Schuldtiteln und DM-Anlagen. Wenn diese Gelder im Vorfeld der EWU oder kurz nach ihrer Umsetzung abgezogen werden, reißt die D-Mark den Euro mit in den Abgrund. Die Folge wird ein großer Entwertungsschub an den Finanzmärkten (Crash), in der Realwirtschaft (Bankrottelle) und auf der Ebene des Geldes (Inflation) sein.

10.

Angesichts dieser verheerenden Konsequenzen muß die EWU grundsätzlich und kompromißlos abgelehnt werden. Dabei darf es allerdings nicht um eine nationalistische Verteidigung der D-Mark gehen. Gefährlich ist nicht ein angeblich „mangelnder Stabilitätswille“ außerhalb Deutschlands, sondern die mit der EWU einhergehende totale Entgrenzung des Marktes und Zerstörung der sozialen und ökologischen Sicherungssysteme. Die EWU muß abgelehnt werden, weil sie zentrales Glied einer neoliberalen Offensive ist, die auf die völlige Unterwerfung der Gesellschaft unter den Primat der „Rentabilität“ zielt und weil sie nicht zu einer Vertiefung der europäischen Einigung führt, sondern einer regionalistischen und nationalistischen Spaltung Vorschub leistet.

11.

Die links-keynesianische Vorstellung, daß eine europäische Währungsunion prinzipiell die Chance für eine europaweite wirtschafts- und sozialpolitische Regulation bietet, ist pure Illusion. Angesichts des globalisierten Standortwettbewerbs und der wachsenden sozialen und regionalen Polarisierung greifen die klassischen Formen staatlicher Intervention nicht mehr, und zwar weder auf nationaler noch auf europäischer Ebene.

12.

Das heißt nicht, Politik und Staat aus ihrer Verantwortung für die katastrophischen Folgen der sozialen und ökologischen Krise zu entlassen. Allerdings muß eingesehen werden, daß die arbeits- und marktgeseftliche „Normalität“ nicht wiederherstellbar ist. Daher muß der Kampf für die sukzessive Entkopplung der gesellschaftlichen Reproduktion von der Marktlogik ins Zentrum der gesellschaftlichen Auseinandersetzung gerückt werden. Dies bedeutet erstens, bei der Vergabe öffentlicher Mittel den gesellschaftlichen Nutzen (ökologisch und sozial) auch dort bedingungslos einzuklagen, wo dies mit der Zurichtung des „Standorts“ auf den Markterfolg kollidiert. Zweitens sollte der Aufbau von Strukturen kooperativer, selbstorganisierter und nicht-marktvermittelter Reproduktion nicht nur auf lokaler und regionaler, sondern auch auf überregionaler Ebene umfassend, d.h. materiell, finanziell, rechtlich und politisch gefördert und unterstützt werden.

Januar 1997

Anschrift der Autoren:

Institut für kritische Gesellschaftstheorie
Kaiserplatz 4
D-90763 Fürth
Tel.: 06-0911/705628 oder 471182
Fax: 06-0911/705628 oder 557137

Diskussionsveranstaltung:

Perspektiven und Konsequenzen der europäischen Währungsunion

mit

Ernst Lohoff (Autor der gleichnamigen Studie)

Walter Baier (KPÖ)

Franz Floss (Grüne)

Mittwoch, 16. April, 19.00 Uhr, Amerlinghaus

„Veranstaltungsraum“ (Wien 7, Stiftgasse 8)

Auferstanden aus Modernisierungs-Ruinen

DAS BUCH VON ERNST LOHOFF ÜBER WALLENSTEINS LAGER IN JUGOSLAWIEN

Ernst Lohoff: Der dritte Weg in den Bürgerkrieg. Jugoslawien und das Ende der nachholenden Modernisierung. Bad Honeff: Horlemann – edition krisis.

Während die einen vom Ausbruch animalischer Instinkte schwatzen, die anderen über die Serben als die neuen Nazis schwadronieren und der Rest sich mit der Kritik der westlichen Berichterstattung begnügt, versucht Ernst Lohoff in seinem Buch über den Krieg im ehemaligen Jugoslawien, was man mittlerweile unter fortgeschrittenen Akademikern als 'große Erzählung' zu belächeln und den dümmlichen Fernseh-Kommentatoren zu überlassen pflegt: historisch zu erklären, wie es dazu kam. Und so scheut er sich nicht, weit auszuholen.

Die Durchsetzung der Warenproduktion, deren Motor in Westeuropa angeworfen wurde, zeitigte auch in Südosteuropa die „Erfindung der Nation“. Als Transmissionsriemen fungierten im 19. Jahrhundert die westlich gebildeten Intellektuellen: sie waren – wie überall – die Avantgarde des Nationalismus. Ihre Vorgänger – die Priester der beiden christlichen Kirchen – hatten den Boden freilich schon bereitet: für dieselbe Sprache wurden im griechisch-orthodoxen Einflußgebiet kyrillische Zeichen, im katholischen lateinische verwendet; mit der Alphabetisierung konnte dieser Gegensatz zwischen 'Serbisch' und 'Kroatisch' verallgemeinert werden und 'ethnische', 'nationale' Bedeutung gewinnen. Hätte sich aber „aus der Eigendynamik des Akkumulationsprozesses so etwas wie eine homogene jugoslawische Volkswirtschaft herausgebildet, so wäre der Gegensatz von Serben und Kroaten ebenso zum folkloristischen Accessoire abgeschliffen worden wie die Feindschaft von Bayern und Preußen hierzulande ...“. Doch zum gesamtjugoslawischen take off kam es nicht (mehr); 80% der Bevölkerung blieben bis 1945 in der Landwirtschaft beschäftigt und ihre Mehrheit verharrte in Subsistenzverhältnissen.

Erst den Kommunisten gelang es, zur wirklich hegemonialen Kraft des Landes zu werden: Im Partisanenkrieg wuchs die kleine Splittergruppe zu einer Massenorganisation heran, die schließlich nach dem Krieg imstande war, das Projekt einer nachholenden Modernisierung einzuleiten. „Die kulthafte, in vielerlei Hinsicht monarchisch anmutende Verehrung, die dem Staatsgründer zuteil wurde“, spielte bei der Herausbildung eines gesamtjugoslawischen Bewußtseins eine entscheidende und vorwärtstreibende Rolle. „Wie in Frankreich im 16. und 17. Jahrhundert der Treueschwur gegenüber den absolutistischen Herrschern und die Identifikation mit dem französischen Staatswesen zusammenfielen, ebenso bedeu-

tet der Glaube an den Volkskönig Tito über alle sozialen und regionalen Grenzen hinweg das Bekenntnis zu einem Jugoslawien aller Jugoslawien.“ Der Vergleich sitzt – nicht jedoch der andere, den Lohoff in den Anmerkungen bietet: hier werden in der illustren Runde neuzeitlicher „Massenmörder, Inquisitoren, Giftmischer und Kriegsverbrecher“ – Ahnengalerie der Demokratie – Stalin, Robespierre und Hitler versammelt – und Tito, um diesen „noch als eine der angenehmeren Gestalten“ abzuheben. Die Fußnote zeigt die Achillesferse jenes wertkritischen Ansatzes der Krisis-Gruppe (Robert Kurz, Norbert Trenkle u.a.), dem sich Lohoff verpflichtet weiß, und der gewiß den wichtigsten Beitrag zur Diskussion der Marx'schen Theorie in den letzten Jahrzehnten darstellt: Es ist die Konstruktion absoluter Notwendigkeit; in ihrem Bannkreis erscheint der Gang der Geschichte vollständig diktiert. Tatsächlich kann die Logik der Warengesellschaft aus jeder Entwicklung der Moderne deduziert werden; aber sie diktiert die Moderne nicht wie einen Text, sondern läßt – ja schafft in gewisser Weise erst Handlungsspielräume: etwa jenen, in dem sich ein Individuum oder die Bevölkerung eines Staates in der Frage der nachholenden Modernisierung zwischen 'kommunistischer', faschistischer und nationalsozialistischer Variante entscheiden konnte. Dieser Einwand ist nicht mit dem allseits beliebten „Ökonomismus“-Vorwurf zu verwechseln; zu kritisieren ist jedoch eine Verkürzung, die immer wieder zu Gleichsetzungen führt: im Angesicht der Warenform erscheinen alle Gesellschaften gleich schlecht – und von dieser Demokratisierung des Bösen profitiert naturgemäß die deutsche und die österreichische am meisten. Ein signifikantes Beispiel dafür ist das Verhältnis, das Lohoff zwischen der deutschen Invasion von 1941 und der Außenverschuldung der 80er Jahre herstellt: „Die Umstände waren diesmal weit undramatischer, die Folgen aber nicht weniger verheerend.“ Mit über einer Million Toten und der systematischen Vernichtung der Juden auf diesem Territorium ist die Verheerung der deutschen Invasion in Jugoslawien für solche Gleichungen nicht geeignet.

Und Lohoff selbst widerruft seine Parallele im bestechendsten, letzten Teil des Buches, worin soetwas wie eine *Theorie des Krieges* entworfen wird: „Wer sich an den historischen Gehalt eines Krieges herantasten will, kommt (...) nicht umhin, ihn auch als eine Form gesellschaftlicher Reproduktion zu verstehen (...) Für die modernen Kriege (...) war eine beständig erweiterte innere Mobilisierung charakteristisch (...) Die Kriegsanstrengungen hatten für gewöhnlich nicht nur eine rasante Effizienzsteigerung in Verwaltung und Wirtschaft zur Folge, sondern brachen einer

grundlegenden Tendenz zur gesellschaftlichen Homogenisierung Bahn.“ All diese Momente fehlen aber im Falle der bewaffneten Konflikte im ehemaligen Jugoslawien, die darum viel eher an die Kriege der frühen Moderne mit ihren Marodeuren und Warlords erinnern. Dabei begnügt sich Lohoff nicht mit einem originellen geschichtsphilosophischen Aperçu à la Robert Menasse, es gelingt ihm die Wiederkehr des Archaischen aus den Bedingungen der Modernisierung abzuleiten. So habe der einstmalig vielschichtige Selbstverwaltungs-Sozialismus, den Jugoslawien nach der Ablösung von der Sowjetunion praktizierte, letztlich das Ungleichgewicht und die Polarisierung zwischen den Teilrepubliken befördert: „Die plünderungsökonomische Dynamik nahm hier einen besonderen Gang, weil sie unmittelbar aus der Fortsetzung innerjugoslawischer Verteilungskämpfe erwuchs und an die in diesem Zusammenhang jahrzehntelang reproduzierten Ressentiments anknüpfen konnte. (...) Damit kehren unter vollkommen anderen historischen Bedingungen die Verhältnisse wieder, die vor Beginn des Siegeszugs der Warenproduktion herrschten. Wie schon im frühen Mittelalter gibt es auf dem Balkan keine qualitativ bestimmbare Grenze zwischen kriegesischen Aktionen und purer Plünderung.“ Modern an der jugoslawischen Plünderungskriegswirtschaft ist vor allem ihre Integration ins heutige Weltmarkt-System, auf die Lohoff aufmerksam macht, indem er die Kanäle des Waffenhandels beleuchtet oder etwa darauf hinweist, daß die DM selbst in Serbien zur monetären Grundlage des gesamten schwarzen Sektors und des Waffenhandels geworden ist: „Die dunklen Geldkreisläufe, die den jugoslawischen Bürgerkrieg in Gang halten, bilden ein transnationales Netz und speisen sich letztlich allemal aus westlichen Quellen.“ Eben dies konserviere die Plünderungsökonomie.

Bei der derzeitigen Faktenlage bleibt ein gewisser spekulativer Zug solcher Überlegungen unaufhebbar. Dies betrifft insbesondere die Einschätzung der unmittelbaren Gegenwart. Im Gegensatz zu jenen Erklärungsansätzen, die davon ausgehen, daß es 'dem Kapital' bzw. den reichen kapitalistischen Ländern in Jugoslawien gelungen wäre, eine ehemals sozialistisch verfaßte Gesellschaft 'in Wert zu setzen', beurteilt Lohoff die derzeitige Lage eher als ein Zwischenstadium, dem neue Kriege folgen können; einem Land wie Deutschland diene es weniger zu Investitionen, als dazu, die lästigen Flüchtlinge wieder loszuwerden. Wie immer man die Prognosen der letzten Seiten beurteilen und wie sehr man die mangelnden Fakten auch beklagen mag, Ernst Lohoff hat nicht nur das wichtigste und beeindruckendste Buch über den Konflikt im ehemaligen Jugoslawien geschrieben – sondern die erste theoretisch fundierte Analyse des Krieges im Zeitalter implodierender Nationalökonomien vorgelegt.

Gerhard Scheit

VHS-Kurse mit Franz Schandl

Wer nicht genug von uns bekommen kann, dem und der bieten sich noch zwei VHS-Kurse in Meidling an. In beiden werden Themen behandelt, die auch in den Streifzügen schon zur Debatte gestellt wurden, und zwar:

1) Kritik der Politik

(Kurs 106, Montag, 18.00-19.00, 28.4., 5., 12. und 26.5. 1997, S 240.- Kursbeitrag)

Viel wird von ihr verlangt, denn alles soll sie können und für alles ist sie verantwortlich und zuständig: die Politik. In der Veranstaltung geht es vorrangig nicht darum, verschiedene Politikansätze zu diskutieren, sondern die Politik an sich als Formprinzip der Moderne zu hinterfragen. Anhand diverser sich aufdrängender Phänomene (Quereinsteigertum, Ästhetisierung, mediale Inszenierung, Outfit, Talk-shows, Privilegien) sollen nicht bloß die Möglichkeiten aufgezeigt, sondern auch Grenzen und Verfall der Politik deutlich gemacht werden.

2) Ökologie und Gesellschaft

(Kurs 107, Montag, 19.30-21.00, 5., 12. und 26.5., 2.6.1997, S 240.- Kursbeitrag)

Ökologie ist in aller Munde, und allerlei Lösungen werden angeboten. Anhand der gängigen Vorschläge und Konzepte (Ökosteuern, Verursacherprinzip, Umweltverträglichkeitsprüfung, Müll"entsorgung" etc.) gilt es deren gesellschaftlichen Stellenwert zu überprüfen. Ökologie soll nicht als Sach- oder gar Expertenfrage vorgetragen, sondern in ihrer gesellschaftskritischen Dimension deutlich gemacht werden. Ziel ist es, die Zusammenhänge von Ökologie und Gesellschaft nachvollziehbar zu gestalten.

Anmeldungen an die VHS-Meidling, Längenfeldgasse 13-15, 1120 Wien, Tel.: 8108067

Nächste Diskussionsabende des Kritischen Kreises

Ort: Amerlinghaus (Raum 3), Stiftgasse 8, 1070 Wien
Beginn: 19.00 Uhr

Dienstag, 15. April 1997

Jugoslawien und das Ende der
nachholenden Modernisierung

(Referat von Ernst Lohoff)

Dienstag, 20. Mai 1997

Klasse, Klassenbewußtsein, Klassenkampf

(Referat von Franz Schandl)

Dienstag, 17. Juni 1997

Elemente einer Theorie des Fetischs

(Referat von Stephan Grigat)

Streifzüge-Abo und Spenden

Die weitere Zustellung der Streifzüge kann nur durch Einzahlung eines Geldbetrages mittels des beiliegenden Zahlscheines sichergestellt werden. Die Höhe dieses Betrages stellen wir Ihrer Großzügigkeit anheim. Von dem eingezahlten Betrag gilt ein Teilbetrag von 100,- S als Streifzüge-Abonnement, jeder darüber hinausgehende Betrag gilt als Spende für die Streifzüge und für die Arbeit des Kritischen Kreises.

Zur Deckung der gesamten Kosten der Streifzüge sind wir auf die Bereitschaft der Leserinnen und Leser angewiesen, nach ihren Möglichkeiten auch höhere Beträge einzuzahlen.

Dankeschön!

Pb.b. - Verlagspostamt 1050 Wien